

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Sezungspreis vierteljährlich 5 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zellungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Nummer  
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Adolfsstraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr  
für die sechsgepaltene Kolonietzelle 5 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

### Die Raffgier der Industriellen

Das gute dumme Arbeitervolk hat zu allen Zeiten die Sünden seiner Herrschicht mit Gut und Blut beglichen. Hat seinen Dank dafür verlangt, keinen Dank dafür geerntet. Hat geschaut, gehungert, geopfert; die Edlen mit den raffenden Händen aber haben geherrscht, sich gemästet, eingekauert. So war es immer. Am schlimmsten, als das Vaterland in Gefahr war, im Kriege. Dieser war eine Glanzzeit sondergleichen für die Herrscher- und Ausbeuterstippe. Da waren zu deren Ruh und Frommen Wissenschaft, Presse, Justiz und Militarismus tätig. Die Wissenschaft prostituierte sich, die Presse lag, die Justiz vergewaltigte, die Soldateska brutalisierte. Die Lohnarbeiter wurden zum Norden gezwungen, damit jenseits der Grenze der Beutezug gelinge, wurden für die Munitionsfabrikanten dienstpflichtig gemacht, damit diesseits der Grenze der Beutezug der Industriellen recht reichlich ausfalle. Belgische Arbeiter wurden wie Vieh nach Deutschland geschleppt, damit auch sie herausfinden konnten, was seine Herrschertaste unter deutscher Kultur versteht. Jedes Wort, jeder Widerstand gegen die Amerikaner und Kriegshyänen wurde mit dem Säbel erdrückt. Das war eine goldige, eine himmlische Zeit für die Dreifaltigkeit der raffenden Hände, für Schwerindustrie, Junkertum und Militarlaste.

Ob trüber Tag oder heiterer Sonnenschein, ob eine Schlacht gewonnen oder verloren, ob draußen im Felde reiche Beute gemacht oder viel Heeresgerät verloren, ob hinnen im Lande die Ernte gut oder schlecht, immer floß dieser Dreifaltigkeit Gewinn in die dem Strome zu. Die Erfahrung im Kriege hat einem doch erst eigentlich so richtig verstehen lassen, warum diese Patriotenstippe früher so besessen auf den Krieg zusteuerte, warum sie heute durch Regimentsfeiern, Paraden und ähnliche Veranstaltungen die Kriegslust, den Revanchegedanken fördert. Wo solch unermesslicher Profit winkt, werden alle Grundätze der Menschlichkeit zerstampft. Die Sippe nennt ihr Tun staatsverhaltend — weil sie dadurch viel vom Staate erhalten kann.

Wie während des Krieges, so nach dem Kriege. Aus den Kriegsgewinnern wurden Revolutionsgewinnler. Früher bereicherten sich Industrielle und Agrarier vom Wohlstand des Staates und des Volkes, heute von deren Armut. Selbst auf dem deutschen Erntemerkel blüht überaus trefflich der kapitalistische Weizen. Das Vaterland wird immer ärmer, seine Volksmasse immer hohlwängiger, die Mark gilt kaum noch einen Pfifferling; reicher werden nur Industrie und Agrariertum, dickwängiger nur die Dividendenempfänger, vollgültiger nur die ins Ausland verschobenen Werte. Den Profitstrom der Kapitalisten hat weder Revolution noch Volksherrschaft noch eine demokratische Regierung zu verdrängen vermocht. Nicht daß die Schwerverdiener das Vaterland ganz zugrunde richten wollten. Bis vor kurzem mußte das zwar angenommen werden. Am 5. September indes bekam diese Annahme einen Stich der Unwahrscheinlichkeit, denn an diesem Tag hat der Reichsverband der deutschen Industrie auf seiner Tagung in München beschlossen, die leere Reichskasse durch eine großzügige Kreditaktion aufzufüllen. Wann und wie das geschehen sollte, war zwar nicht angedeutet worden. Eine Verprechung von solcher Rebellhaftigkeit gendigte aber schon für die Reichsregierung, der Schwerverdienerstippe eine freundliche Vorderseite zu zeigen: Die Erfassung der Sachwerte wurde zurückgestellt, bei der steuerlichen Heranziehung der Besitzenden Rücksicht gelübt, auch sonst manche Maßnahmen unterlassen, die die großen Geldsäcke hätte beeinträchtigen können. Wie hätte eine republikanische Regierung solch hilfswillige Patrioten wie die Industriellen durch Anwendung der Steuergesetze verstimmen dürfen? So wartete die Regierung in wohlwollender Geneigtheit mit dem Ausbau oder der Durchführung der Steuergesetze, die Industriellen desgleichen.

Währenddessen aber wurde das deutsche Finanzelend immer ärger, die Mark stürzte auf Pfenningwert hinab, die Aussicht auf Erfüllung der nächsten Reparationszahlung schwand. Als Deutschlands Not am höchsten, seine Zukunft verzweifelt düstert, die Frage: Was nun? nicht mehr zu beantworten war, hielten die staatsverhaltenden Patrioten von Industriellen die Stunde des Felsens — ihren Fischfang gekommen. Am 5. November taften sie in einer Entschuldigungs- und ungenutzten, daß sie dem am Abgrund stehenden Vaterlande nun wirklich durch eine Kreditaktion helfen wollen — unter besonderen Bedingungen natürlich. Welcher Art diese sind, ist aus der Mitteilung des Reichsverbandes der Industriellen an die Reichsregierung zu ersehen.

Abgesehen von den unter Mitwirkung der parlamentarischen Instanzen zu lösenden Fragen, kommen zunächst alle der Gesetzgebung in Frage, die es ermöglicht, mit den Reichseisenbahnen beginnend, die sonst öffentlichen Hand betrieblichen Betriebe in privatwirtschaftliche Formen zu bringen. Die Durchführung solcher Maßnahmen ist möglich auf Grund eines durch die Gesetzgebung zu schaffenden Ermächtigungsgesetzes, das den Verkauf zunächst der Reichseisen-

bahnen an eine privatwirtschaftliche juristische Person in die Wege leitet. Die Industrie wird zu gegebener Zeit den zuständigen Stellen Vorschläge vorlegen, aus denen ersichtlich ist, in welcher Form diesem Ermächtigungsgesetz praktischer Inhalt gegeben werden muß. Kein wirtschaftlich muß diese Aktion dahin führen, daß von einem nicht zu fern liegenden Zeitpunkt an die Eisenbahnen ein zu vereinzeltbares Kapital der juristischen Person verginsen und daß gleichzeitig das Reich von allen persönlichen und sachlichen Lasten aus diesen Unternehmungen befreit wird.

Eine Kreditaktion, großzügige Hilfe, eine Gabe für das notleidende Reich hatten die Industriellen angekündigt. Ihre Gabe ist eine Forderung an das Reich. Sie geben diesem nichts, sondern verlangen von ihm — die Eisenbahnen als Anfang! Dann werden sie die Post, den Telegraph, kurz den ganzen Wertbesitz des Reiches fordern. Womit sie dessen Menschen, Erzeuger und Verbraucher, als Beigabe erhalten. Also nicht von ihrer Hilfsaktion für das Reich reden die schwerreichen Industriellen, sondern eine Hilfsaktion des armen Reiches für sich selbst heißen sie. Höher gehts nimmer. Den Afrika hat fortan zu schweigen.

Man sucht vergeblich in seiner Erinnerung nach einer solchen Unverschämtheit. Man denkt an das englische Unternehmertum, das in Beuteplündererei doch etwas los hat. Aber einen Vergleich läßt schon die Tatsache ihrer hohen Steuerleistung von Kriegsbeginn an nicht zu. Man wendet sich zu den amerikanischen Trustherren, die als Meister der Ausbeutung und der Plünderung des Staates gelten. Daß die Vanderbilt, Carnegie, Morgan, Rockefeller Gouds Erbschätze und Begrechte, Landgebiet und Bahnstrecken, Hafenschiffe und Gasanstalten stahlen; daß sie dem Staate morsche Schiffe, unbrauchbare Flinten und Munition anstalteten; daß sie zum bessern Vorkauf ihrer Raffgier Gesetzgeber, Richter und Beamte bestachen, ist alles in Myers Geschichte der großen amerikanischen Vermögenstrustherren, als auch, daß die Trustherren ihre Diebstahlschätze im Halbdunkel der Wandelgänge der Parlamente und Gerichtsgebäude oder unter dem Schutz der Nacht vollziehen mußten. Es bei vollem Tageslicht zu tun, durften sie nicht wagen.

Den Schutz der Nacht verschmäht die deutsche Industrie. Sie weiß, was sie ihrem Staat und Volk bieten darf. Der ganzen Öffentlichkeit läßt sie dreist verkünden, was sie ergattern, daß sie sich den wertvollsten Besitz des Reiches, die Bahnen aneignen will. Aus purer Uneigennützigkeit natürlich. Nur um ihren Betrieb zu verbessern, um sie selbsthaltender zu machen! Daß sie das fertig brächte, soll nicht bezweifelt werden, aber auch nicht, daß dabei dem Volke wie den Lohnarbeitern Hören und Sehen vergehen würde. Fahrpreis und Gütertarif würden sofort ebenso emporschnellen, wie die Eisenpreise, nicht mehr das achtfache, sondern das zwanzigfache des Friedensjahres betragen. Die Lohnarbeiter wären schnell um den Achtfundentag und die andern Ertrungen des November gebracht. Und mit dem Besitz der Bahnen hätten die Industriellen vollends die raffgierige Hand an der Gurgel des Staates.

Die Gewerkschaften sind den Industriellen die Antwort nicht schuldig geblieben. Was an ihnen liegt, wird getan werden, die Lust zu solchem Beutezug auszubleuen. Für sie kann es sich nicht um Entsozialisierung des Reichsbesitzes handeln. Die Gelegenheit muß benutzt werden, eine großzügige, landweite Bewegung für die Sozialisierung einzuleiten. Beinahe noch dringlicher ist es, nun endlich mit der Durchführung der Besitzsteuer und Erfassung der Sachwerte zu beginnen. Ein unansehnlicher Druck der proletarischen Front auf Parlamentsfraktionen und Regierung darf jetzt nicht fehlen.

In der linksstehenden Presse tobt helle Entrüstung über die „Exprespolitik der Industrie“. Diese Gefühlswallung ist nicht recht verständlich. Durfte jemand, der nicht erst gestern geboren, etwas anderes von den Stimmungen und Kühnemännern erwarten? Und sind diese zu ihrem Tun nicht geradezu von der linksstehenden Presse und ihren Parteien ermutigt worden, ermutigt worden durch Unterlassung und schwächliche Haltung in Sachen der Steuergesetzgebung, der tatensmäßigen Belohnung der Volksherrschaft, der Sozialisierung. Nur eine mit wenig Verstandesstärke und viel Vertrauensseligkeit besessene Regierung konnte auf die bloße Ankündigung der Kreditaktion hin die Erfassung der Sachwerte und ähnliche Maßnahmen aussetzen. Nur durch Rücksichtslosigkeit auf diesem Gebiete wäre der Industrie die Rücksichtslosigkeit auszutreiben gewesen.

Wir alle sind an allem schuld! Wir alle, die bürgerlichen und die sozialistischen Demokraten, haben durch Zatenlosigkeit und Zerstückelung die Kriegspolitik, den Krieg und damit seine Niederlage, dann die erneute Dreifaltigkeit der Reaktion mit der Unverschämtheit der Industrieherrscher ermöglicht. Wir werden dergleichen, wenn nicht noch Schlimmeres ermöglichen, wenn uns Laikraft und Einhelligkeit im Handeln auch weiterhin mangelt.

### Vom Eisenwirtschaftsbund

I. Höchstpreise und Reichswirtschaftsministerium.

Die letzten Tagungen des Eisenwirtschaftsbundes am 18., 19., 24. und 25. Oktober d. J. haben in der gesamten Schwerindustrie Presse wie auch in den Handelszeitungen besondere Besprechungen gefunden. In der Tat sind diese Sitzungen von einiger Bedeutung. Handelte es sich doch um die grundsätzliche Stellung, ob Höchstpreise erforderlich sind oder nicht.

In mehreren Sitzungen war es den Vertretern der Arbeiter und Angestellten gelungen, den Höchstpreis für Stabeisen auf 2440 A zu bringen gegen den hartnäckigen Widerstand der Schwerindustrie, des Handels und eines großen Teils der verbrauchenden Industrie. Daß der Höchstpreis von den Unternehmern als Marktpreis behandelt wurde, betrachten wir schon als selbstverständlich. Das änderte sich in diesem Frühjahr, als infolge der immer schärfer werdenden Weltkrise die Eisenpreise im Ausland außerordentlich erniedrigt wurden, so daß sie teilweise unter die deutschen Preise heruntergingen. Dadurch sah sich auch die deutsche Eisenindustrie gezwungen, unter den geltenden Höchstpreisen zu verkaufen. Der Preis für Stabeisen ging bis auf 1700 A herunter.

Diese Entwicklung beruht die Unternehmer zum Sturm auf gegen die Höchstpreise. Das bekannte Ueb von der alles regelnder freien Konkurrenz wurde im E.W. angestimmt. Selbst liehen sich auch einige Vertreter der Arbeiter und Angestellten einfangen, so daß die Unternehmer selbstverständlich geschlossen auftraten, eine Mehrheit für die Aufhebung der Höchstpreise zustande kam.

Am 22. April 1921 wurde folgende Beschlüsse gefasst: Der Eisenwirtschaftsbund beschließt, die gegenwärtigen Höchstpreise für Stahl- und Walzwerkzeugnisse und die Vorschriften über die Händlerzuschläge hierfür bis auf weiteres außer Kraft zu setzen. Er behält sich jedoch ausdrücklich vor, jedwede wieder von seinen Preisregelungsbevollmächtigten nach der Verordnung zur Regelung der Eisenwirtschaft Gebrauch zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium wird ermächtigt, sobald ihm dies erforderlich erscheint, Höchstpreise mit sofortiger Wirkung einzuführen. Der Inlandauschuss ist in diesem Falle innerhalb 8 Tagen einzuberufen, um gegebenenfalls eine Änderung herbeizuführen.

Auch der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums hatte gegen diesen Beschlüsse keine Einwände. Alle Warnungen unsererseits vor einer solchen Beschlusseinstellung fielen auf unfruchtbaren Boden. Der Beschlüsse war nicht zu verhindern.

Unsere Beschlüsse sollten leider übertroffen werden. Die Preisentwicklung auf dem Eisenmarkt bewegte sich recht bald wieder aufwärts. Die Händler hatten ihre Vorräte verkauft und der Zeitpunkt kam, wo sie neu auffüllen mußten. Diese Bestellungen waren das Signal zu einer allgemeinen Preiserhöhung. Die Preise für Stabeisen stiegen bis auf 3600 A pro Tonne Mitte Oktober 1921. Die Werke wurden von den Händlern mit ihrer vollen Lieferung ausgeliefert bis Jahreschluss, so daß neue Bestellungen von den Werken nicht mehr angenommen werden konnten. Dieser Zustand wurde noch für die Industrie verbessert — für das Volk allerdings verschlechtert — durch das Fallen der deutschen Mark. Die Ausfuhrmöglichkeit liegt im unermesslichen, und so haben wir eine „Hochkonjunktur“ nicht nur in der Schwerindustrie, sondern auch in den Eisenwaren, Maschinenfabriken, wie wir sie seit Jahren nicht verglichen konnten.

Von den Vertretern der Arbeiter und Angestellten wurde erwartet, daß das Reichswirtschaftsministerium von seiner Befugnis, Höchstpreise wieder einzuführen, in dem Augenblick Gebrauch machte, als der Marktpreis sich dem zuletzt geltenden Höchstpreis wieder näherte. Waren es doch selbst Unternehmer, wie der Generaldirektor des Vereins der deutschen Waggonfabriken, Geheimrat Schrey, der diese Verbindung der Arbeiter als Konzeption machen wollte. Das Reichswirtschaftsministerium versagte aber und ließ die Dinge weiter laufen. Deshalb war es für die Vertreter der Arbeiter und Angestellten notwendig, in der letzten Sitzung alles daran zu setzen, Höchstpreise wieder einzuführen. Der Kampf war außergewöhnlich hart. Es konnte aber nicht verhindert werden, daß mit Stimmengleichheit der Antrag auf Wiedereinführung von Höchstpreisen abgelehnt wurde. Würde der Reichswirtschaftsminister seinerseits Höchstpreise eingeführt haben, so könnten dieselben nur durch einen Mehrheitsbeschlüsse beseitigt werden. Das wäre den Unternehmern nicht möglich geworden, da die Arbeiter und Angestellten glücklicherweise geschlossen auftraten. Es zeigte sich eben, daß letztere durch den Beschlüsse vom 22. April 1921, teilweise durch eigene Schuld, die Kasse aus der Hand gegeben hatten.

Bedenkenswert ist, daß der Reichswirtschaftsminister die Notwendigkeit der Einführung von Höchstpreisen selbst anerkannt hatte und deshalb amtlich den Antrag auf Wiedereinführung von Höchstpreisen in der letzten Sitzung des Inlandauschusses stellte. Anstatt dabei von seiner Befugnis Gebrauch zu machen, Höchstpreise festzusetzen, wiederholte sich die unangenehme Erscheinung, daß die Vertreter des Eisenbahn- und des Wiederaufbauministeriums mit dem Unternehmern Arm in Arm den Antrag des Reichswirtschaftsministers niedersetzten. Ein Zustand, der nun, da er sich bereits öfter gezeigt, einfach unerträglich ist.

Eine Herabsetzung des Stabeisenpreises um 100 A pro Tonne bedeutet für die Reichseisenbahn eine Ersparnis von 600 Millionen Mark im Jahre nach den Angaben des amtlichen Vertreters. Um so mehr wäre er verpflichtet, für eine Bindung der Preisgestaltung zu sorgen, wie sie nur durch Höchstpreise erfolgen kann. Es darf dem Eisenbahnministerium nicht gleichgültig sein, ob unentgeltliche Milliarden für Material ausgegeben werden, um die bekannte Defizitwirtschaft zu verewigen, wofür man sehr häufig die Arbeiter-schaft verantwortlich macht. Auch die Erhöhungen der Eisenbahntarife erhalten ein anderes Aussehen unter dieser Beleuchtung.

Bemerkenswert aus den Verhandlungen ist noch, daß der Geheimrat Böckner vor der Einführung von Höchstpreisen warnte, weil man ihnen dann die Lust nimmt, noch weiter zu produzieren und Angebote zu machen. Trotz aller Hoffnungen der Form liegt in diesen Worten doch eine Drohung, die wir uns merken müssen.

Die Arbeiter und Angestellten erklärten am Schluß der Verhandlungen, daß sie...

Die sofortige Einführung von Höchstpreisen durch den Eisenwerkstoffbund angelehnt der Preisentwicklung auf dem Eisenmarkt...

Diejenigen Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die in der Sitzung vom 22. April 1921 der Aufhebung der Höchstpreise zustimmten...

Wenn der Reichswirtschaftsminister jetzt nicht auf Grund seiner Befugnis eingreift und Höchstpreise festsetzt, so haben die Unternehmer glänzende Aussichten...

Diese neuen Preise entbehren jeder inneren Berechtigung und können vor einer kritischen Prüfung unmöglich standhalten...

Table with 7 columns: Gattung, Ende Juni 21, Anfang Juli 21, Anfang Sept. 21, Ende Sept. 21, Ende Okt. 21, Höchstpreis des Reichsverbandes. Rows include Stabeisen, Formeisen, Rohbleche, Mittelbleche, Feinbleche.

Zerstörungswut des Militärs

Der plumpe Eingriff der unter französischem Einfluß stehenden Militärkommission in die Produktion der Deutschen Werke...

Von der Leihne des Reichstags herab hat Kollege Brandes, Vorsitzender unserer Verbände, das Gebaren der bürgerlich-nationalen Kreise niedriger gehängt...

Schritte in der angeforderten Richtung sind unzweifelhaft unternommen. Die Gewerkschaftskommission von Groß-Berlin hat die Betriebe besichtigt...

Mathematische Zeichen

Ihre Ursprung und ihre Bedeutung

Von Arthur Streich

Die Mathematik, eine Wissenschaft, die von der Allgemeinheit nicht besonders geliebt wird, hat wie auch jede andere Wissenschaft...

Wenn wir zum Beispiel 2 und 4 zusammenzählen wollen, so sagen wir wohl aus: 2 plus 4, und schreiben 2 + 4. Das Wort 'plus' ist aus dem Lateinischen entlehnt und bedeutet 'mehr'...

herr Entente unsinnig sind und den angegebenen Zweck vollständig verfehlen.

Die Arbeitervertreter der Deutschen Werke führten mit General Rollet, dem Führer der Interalliierten Militärkontrollkommission eine Besprechung...

Das auswärtige Amt hat an den Vorsitzenden der Militärkommission in Sachen der Verdünnungsmassnahmen ein Protokoll überhandt...

Es ist zu wünschen, daß die Vorkriegskonferenz den Einwänden der deutschen Regierung Gehör schenkt und die Produktion der Deutschen Werke durch unsinnige Maßnahmen nicht unterbindet...

Die Militärkommission beschränkt ihre Tätigkeit nicht nur auf die staatlichen Deutschen Werke, sondern trifft auch in Privatbetrieben einschneidende Maßnahmen...

Der Arbeiterrat hat nach Kenntnisnahme dieser Anordnung eine eingehende Untersuchung vorgenommen und folgendes festgestellt: In dem oben erwähnten Maschinenbau wurde schon in der Vorkriegszeit 50 Prozent Friedensmaterial hergestellt...

Wir erwarten deshalb, daß die verantwortlichen Stellen von dieser Maßnahme absehen und die Anordnung rückgängig machen.

Die Geschäftsführung des Kruppischen Arbeiterrats: Reinhold Müller, Dabringhaus.

Es unterliegt fast keinem Zweifel mehr, die von den Alliierten der Siegerländer getroffenen Maßnahmen gegen das deutsche Wirtschaftswesen...

minuss deren Anfangsbuchstaben (p und m) gebraucht. Eigenartig ist es, daß man darin auch schon eine Abkürzung No. als Zeichen für eine bekannte Größe (Zahl) findet...

Wenn wir zwei beliebige Zahlen zu schreiben haben, so ordnen wir sie, der Übersichtlichkeit und besseren Anzahlgabe wegen, immer zu zwei Ziffern, z. B.: 1000000000 (= eine Milliarde). Diese Anordnung ist heute allgemein üblich...

Aus dem gelben Sumpf

Die gelben Werberelien standen bis zur Revolution offen im Solde der Unternehmer. Die Unternehmer ließen sich ihre gelbe Schutztruppe schon etwas kosten, galt es doch, mit deren Hilfe die zunehmende Erkenntnis der Arbeiter von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu verhindern...

Sehr geehrter Herr Doktor! Erlaube mir, folgende Mitteilung an Ihnen ergehen zu lassen: Aus Ihrem Bekanntheitskreis habe ich in Erfahrung gebracht, daß Sie in der Lage sind, mir aus den Reihen der Deutschen Volkspartei Mitglieder nennen zu können...

Ein großer Teil aus dem unteren Kreise Solingen habe ich schon mit Erfolg bearbeitet, wobei mit die Arbeitgeber sehr kräftig unterstützt haben.

Ein feiner Wunsch dieser Welt, dessen Grammatik aus Ost, an dem wir keine verbessernde Hand anlegen, mit seiner politischen Rolle um die Waage ringt...

Der Zentralverband der Angestellten zur Angestelltenversicherung

Eine vom 3. bis 5. November in Rotterdam a. d. Z. abgehaltene gemeinsame Sitzung von Vertretern und Vorständen des Zentralverbandes der Angestellten beschäftigte sich mit den bevorstehenden Wahlen zu den Vertreterversammlungen der Angestelltenversicherung...

Tuberkulose und Beruf

Dr. Alfons Fischer bringt in den Sozial-hygienischen Abhandlungen eine Arbeit über Tuberkulose und Umwelt. Das die ländlichen Berufe sich bezüglich der Tuberkulosesterblichkeit und Invalidität infolge Tuberkulose günstiger stellen als die industriellen...

Dagomari, genannt das 'Abaco'. Dem Punkt zur Abgrenzung der Dezimalstellen benutzte zuerst der Schweizerische Mathematiker Joost Bürgi (1600); die Dezimalbruchrechnung selbst rührt von dem spanischen Mathematiker Johann v. Sevilla, genannt Hispanicus (um 1140) her, und Johann Megistosanus, eigentlich Johann Müller aus Königsberg in Franken (1436-1476) soll sie zuerst bei uns eingeführt haben.

# WELTSCHAU

## Brief aus Finnland

### Wirtschaftslage und Arbeiterbewegung

Von Väino V. Salovaara (Helsingfors)

Die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse Finnlands sind außerordentlich schlecht. Die Lage der Metallindustrie ist geradezu hoffnungslos. Die Geldknappheit erschwert die Wiederaufnahme der Tätigkeit. Gegenwärtig ist der Zustand in der Metallindustrie so, daß von ihren 22000 Arbeitern 7000 bis 8000, also 30 v. H., beschäftigungslos sind. Von den 9000 Mitgliedern unseres Verbandes sind etwa 2000 zurzeit ohne Erwerb. Von den größeren Werkstätten sind nur die der Staatsbahnen voll beschäftigt. In diesen wurde die Arbeiterzahl während des ganzen Jahres nicht vermindert, sondern erhöht. Aber auch dieser Werkstätten Zukunft ist trübe, denn von dem Staatsbudget von 1922 hat die Volkswirtschaft bedeutende Summen gestrichen, die vorzugsweise für Anschaffung von beweglichem Material, wie auch für die Instandhaltung des alten bestimmt waren. Man erklärt, daß dies eine unvermeidliche Folge der finanziellen Schwierigkeiten unseres Landes sei.

Was nun die Lage unseres Verbandes betrifft, so ist dieses Jahr eines der schwersten für ihn gewesen. Schon im ersten Viertel des Jahres legten die Arbeitgeber die Löhne der Arbeiter um 10 bis 15 v. H. herab. Diese Kürzung traf mit einer beträchtlichen Aufwärtsbewegung der Kosten des Lebensunterhaltes zusammen. Der Lohn der gelehrten Leute, den von 5,50 auf 7,50 finnische Mark zu erhöhen am Jahresende von 1920 durch harten Kampf gelungen war, ist durch den Arbeitgeberverbot wieder auf 5,50 bis 6,50 Mk. herabgedrückt worden. Dem Vorstoß der Unternehmer durch Streik zu begegnen, ließ der schlechte Stand unserer Industrie nicht zu.

Streiks in der trüben Zeit ganz zu vermeiden, was indes unmöglich, wie der in der mechanischen Werkstatt von Onkilahti in Wasa beweist, der am 2. März ausbrach und heute noch dauert. Die Ursache dieses Ausstandes bildete die Verkürzung der organisierten Leute, dann auch die Kürzung der Löhne. 186 Arbeiter waren davon betroffen, wovon aber schon mehr als 100 anderwärts Arbeit bekommen haben. Ein zweiter bedeutender Streik brach am 7. März wegen Lohnabzug von 20 v. H. aus. Dieser währte bis zum 26. Oktober, wo die Arbeiter als Sieger zur Arbeit zurückkehrten. Tatsächlich aber sind solche Siege nur Scheinsiege, denn obwohl die Arbeiter bei Wiederaufnahme der Arbeit die Löhne bekamen, welche sie am Anfang des Jahres 1921 erhielten, waren die Lebenskosten während des Kampfes 10 v. H. über den Stand vom November 1920 hinausgeschwollen. Außer den oben erwähnten Kämpfen haben während des Jahres mehrere kleine stattgefunden, die aber zumeist verlustreich waren.

Vom 1. Januar bis 30. Juni 1921 sind vom Verband folgende Unterstützungsbeiträge ausbezahlt worden:

Arbeitslosenunterstützung	(finnische) Mark
Krankenunterstützung	70 457
Begräbnisunterstützung	21 621
Wohlfühlunterstützung	4 960
Streikunterstützung	6 838
Unterstützungen an verfolgte Mitglieder	132 510
Gerechtigkeitsunterstützung	1 488
<b>Zusammen</b>	<b>246 391</b>

Für das zweite Halbjahr werden die Unterstützungsbeiträge noch viel größer werden, jedenfalls die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Die Streikunterstützung wird wohl nicht steigen, denn die industriellen Verhältnisse sind so schlecht, daß keine größeren Kämpfe gewagt werden können.

Aus dem Gesagten läßt sich schon entnehmen, daß die Hoffnungen auf baldige Wiederbelebung der Metallindustrie sehr gering sind. Die Folge dieses Zustandes ist, daß die Lage der Arbeiterbewegung in diesem trüben Licht betrachtet und dazu in Betracht zieht, daß in allen Industrien Finnlands die Lage gleich traurig ist, dann wird es verständlich, daß der Bolschewismus bei uns einen besonders guten Nährboden finden konnte.

Außerdem wird die Ausbreitung des Bolschewismus in hohem Grade durch die unbedachte — um nicht zu sagen alberne — Politik gefördert, welche die finnlandischen Behörden gegen den Bolschewismus treiben. Gegenwärtig ist die Lage eine solche, daß von den politisch organisierten Arbeitern drei Fünftel zu der kommunistischen und zwei Fünftel zu der sozialdemokratischen Partei gehören. Die kläglichste Tatsache zur

Bezeichnung, die entweder nach ihm oder von ihm erfolgt, benannte man im Mittelalter die Geschosse nach ihrer Schwere in Pfunden. Allesdings hatte man auch dafür noch andere Namen.

Bei der Buchstabenrechnung, der sogenannten Algebra — im Mittelalter auch *Alma haubala* genannt — die vielen Rechen ein wichtiges Hülfsmittel bleibt, verwendet man zur Bezeichnung zusammengehörender Ausdrücke Klammern, z. B.  $(a + b)^2$ . Die erste Anwendung der Klammer in dieser Form ( ) geht zurück auf den französischen Mathematiker Albert Girard (1629); aber schon 1572 benutzte Masael Bombelli zu demselben Zwecke eine Klammer, die aus einem Doppel-L ( ) bestand. Die Zeichen der sogenannten Ungleichung ( $<$  und  $>$ ), wofür man kleiner als und größer als sagt, sind zuerst in dem Werk *Arithmetica praxis* (Die Kunst der praktischen Zerlegung) von Thomas Parriott (1631) erschienen.

In den sogenannten Gleichungen, zum Beispiel:  $x^2 + y^2 = z^2$  (gelesen: x-Quadrat plus y-Quadrat gleich z-Quadrat), in denen bekanntlich die unbekanntenen Größen eine hervorragende Rolle spielen, benutzt man zu deren Bezeichnung vornehmlich die Buchstaben x, y, z. Ihre erste Anwendung zu diesem Zweck geht zurück auf das Buch *Geometrie* des französischen Philosophen René Descartes (spr. reneh dekart) aus dem Jahre 1637. Der griechische Mathematiker Diophantes, der um 260 nach Christus lebte, benutzte dafür das griechische  $\epsilon$  ( $\epsilon$ ). Bemerkenswert ist es, daß der Buchstabe X, der allgemein auch als römische 10 gilt, wohl das älteste Schriftzeichen darstellt, das wir kennen. Es findet sich schon als Kerbzeichen auf Knochen, die aus der älteren Steinzeit (etwa um 6000 v. Chr.) stammen sollen; über seine Bedeutung ist man natürlich nicht unterrichtet.

An Stelle des heute gebräuchlichen Wurzelzeichens ( $\sqrt{\quad}$ ) benutzte der bereits genannte Mathematiker Alkajabi (1480) ein Viereck. Unser berühmter Rechenmeister Adam Riese aus Annaberg in Sachsen, der im Jahre 1492, der zweite Entdeckung Amerikas durch Christoph Kolumbus — die erste war 986 durch den Seefahrer Eric den Roten — geboren wurde, hängte diesem Viereck 1524 rechts oben einen schrägen Balken an. Das Zeichen in seiner heutigen Form ( $\sqrt{\quad}$ ) erscheint dann zuerst in dem Buche *Rechen und Hülf Rechnung* durch die künftlichen Regeln der Algebra von Christoph Rudolff vom Jauer (1526) —, und der Mathematiker Michael Stifel aus Göttingen fügte im Jahre 1545 zu diesem Zeichen die Potenzangaben ( $\sqrt[n]{\quad}$ ) hinzu.

Stunde ist, daß die Gleichgültigkeit der Arbeiter für die politische Tätigkeit zunimmt. Von den 1803739 Arbeitern des Landes sind nur jetzt 100000 politisch organisiert. Die übrigen sind gleichgültig oder fühlen sich von den unaufhörlichen Streiktagen und gegenseitigen Verleumdungen im proletarischen Lager abgestoßen. Um die gegenwärtige Schwäche der Arbeiterbewegung zu kennzeichnen, mag erwähnt sein, daß die sozialdemokratische Partei unseres Landes 1917 300000 Mitglieder zählte.

Unsere gesamte Gewerkschaftsbewegung bietet kein lichteres Bild. Nach dem Bürgerkrieg (1918) erholte sie sich sehr schnell, die Aufwärtsbewegung dauerte die Jahre 1919 und 1920 fort. Dann aber folgte die Zeit des Stillstandes, des Rückganges. Am 1. April 1921 betrug die Mitgliederzahl aller Gewerkschaften bloß noch 56980, am 1. Juni 53000, jetzt gar nur noch 48000.

Nach dem Bürgerkrieg sammelten sich die finnischen Arbeiter unter dem nämlichen Zeichen wie die westeuropäischen, in dem übrigens auch früher die finnische Arbeiterbewegung tätig war. Sehr gering an Zahl waren damals die Stimmen, die sich von Osten, von Rußland her, gegen die Wiederaufnahme der Gewerkschaftsbewegung in Finnland erhoben. Diese wenigen Stimmen verhallen ungehört in der allgemeinen Begeisterung des Jahres 1919, womit man die von den Bürgerlichen zerstörte Bewegung aufzubauen begann. Die frohe Einnüchtheit dauerte indes nicht lange. Die von Rußland stammenden Stimmen fanden mehr Gehör und zeitigten bald jene Wirkung, die nur zu bekannt ist.

Der Kongreß der Landesorganisation im Mai 1920 wurde zu einem hitzigen Kampf zwischen Osten und Westen, aus welchem der Osten als Sieger hervorging. Die Mehrheit des Vorstandes der Landesorganisation wurde kommunistisch und dementsprechend gestaltete sich dann die Tätigkeit der Landesorganisation. Anfang 1921 wurde über den Austritt aus der Amsterdamer Internationale und die „Unabhängigkeit der Landesorganisation“ abgestimmt. Die Mehrheit entschied sich für die letztere. Nach diesem Siege hat die Landesorganisation im Einverständnis mit der kommunistischen Partei eine hitzige Agitation für den Anschluß an die Moskauer Internationale betrieben. Das Ergebnis hiervon ist, daß die gegenseitige Erbitterung noch schärfer und die Gleichgültigkeit für die Organisation so groß geworden ist, daß die Mitgliederzahl der Landesorganisation Tag für Tag abnimmt. In den ersten Tagen des nächsten Jahres soll über den Anschluß an Moskau abgestimmt werden.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß im Metallarbeiter-Verband dieselben Strömungen wahrzunehmen sind, wie in der ganzen Gewerkschaftsbewegung. In seiner Delegiertenversammlung vom 23. Mai 1921 war das Kräfteverhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ziemlich gleich. Die Beschlüsse über die Organisationsform und die Statuten des Verbandes wurden zwar ohne größere Reibungen gefaßt, aber die Wahl des Vorstandes wurde fraktionsweise vorgenommen, wobei die Kommunisten 8 von den 9 Plätzen bekamen. Ebenso wurde der Kandidat der Kommunisten mit einer Majorität von 15 Stimmen zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Doch soll dieser Wahlausfall nicht als entscheidend angesehen werden. Erst die oben erwähnte Abstimmung der Landesorganisation, die Anfang 1922 stattfindet, wird endgültig darüber entscheiden, ob der finnische Metallarbeiter-Verband fürderhin im Zeichen des Ostens oder des Westens untergehen oder aufleben wird.

## Lohnabbau in England

Das englische Unternehmertum hat einen neuen wichtigen Sieg errungen. Die der Arbeiterschaft im Maschinengewerbe und Schiffbau angetragene Lohnverminderung (siehe Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung) ist durch eine Abstimmung der betreffenden Gewerkschaften mit großem Mehr angenommen worden. Obwohl von der Verschlechterung anderthalb Millionen Arbeiter betroffen werden, haben es nicht einmal 320000 der Mühe wert gehalten, deswegen den Weg an die Urne zu machen. Diese nachgerade sträfliche Teilnahmslosigkeit wird mit Arbeitslosigkeit und mit dem Herumziehen zahlreicher Leute nach Beschäftigung erklärt, dann auch mit dem Widerwillen vieler, sich für eine ohnehin verlorene Sache zu bemühen. Daran ist soviel richtig, daß selbst, wenn sich eine Mehrheit gegen die Verschlechterung ausgesprochen hätte, an ihr auch durch einen Kampf nichts zu ändern gewesen wäre. Die Stilllegung zahlreicher Betriebe, verbunden mit der Leere der Gewerkschaftskassen, läßt nicht ernstlich an einen Streik denken, und wenn dieser unternommen, wäre sein Ergebnis nicht zweifelhaft gewesen. So wurde die Forderung der Unternehmer als etwas Unabweisbares hingenommen.

Das Maschinengewerbe und der Schiffbau bilden die zahlreichste Industriebranche des Landes. Der Wochenlohn des gelehrten Maschinenbauers betrug vor dem Krieg in den Großstädten 39 Schilling. Dieser Satz stieg bis 1920 auf 85 Schilling. Durch die kürzlich stattgefundene Abstimmung wird der Satz um nicht weniger als 15 Schilling, also auf 70 Schilling heruntergedrückt. Damit ist der Lohn nur noch etwa 75 Prozent über dem Vorkriegssatz, das heißt, an dem Preisstand des Lebensunterhaltes gemessen, beträchtlich niedriger als 1913/14.

Teilsanageachtet stehen sich die Maschinenbauer noch weniger schlecht als andere Gewerbe. Bei den Legierarbeitern, Eisenbahnern, Bauarbeitern und anderen Berufen sind die Löhne in gleichem Maße als die Lebensmittelpreise sanken automatisch vermindert, gleichzeitig mit diesen sogenannten gleitenden Lohnskala-Abzügen auch der Grundlohn verschlechtert worden. Im Woll- und Spinnereigewerbe zum Beispiel wurden neben der gleitenden Lohnskala-Kürzung noch 16 Prozent vom Grundlohn abgezogen, so daß die Lohnsumme, die 175 Prozent über den Vorkriegssatz betrug, jetzt nur noch 80 Prozent ausmacht. Doch damit ist die Verschlechterung noch immer nicht ganz bargetan. Es muß auch die Kurzarbeit in Rechnung gestellt werden, die den Verdienst auf die Vorkriegshöhe, nein noch darunter bringt, und dies, obwohl die Lebensmittelpreise immer noch doppelt so hoch als vor dem Kriege sind. Zurzeit sind die schottischen Bahngesellschaften dabei, einen neuen Abzug durchzuführen, ungeachtet dessen, daß sie erst neben den Kürzungen, die die gleitende Lohnskala mit sich bringt, den Wochenverdienst (der Lokomotivführer) um 4 bis 7 Schilling verminderten. Sobald den schottischen Bahngesellschaften der Vorstoß geglättet ist, werden, wie allgemein angenommen wird, die englischen Gesellschaften das gleiche versuchen.

Am schlimmsten fahren wohl die Bergleute. Ihr letztes Abkommen fest ihren Grundlohn 20 Prozent über den Vorkriegssatz fest, wozu ein Zuschlag kommt als Ausgleich für den Ausfall, den die Verfürgung der Arbeitsstunden von 8 auf 7 Stunden verursacht. Der so zustande gebrachte Grundlohn ist freilich bloß als Mindestlohn gedacht, aber in vielen Bezirken fällt der

Verdienst auf den Mindestsatz. Der Wochenlohn von 60 Schilling ist für den gelehrten, volle Zeit beschäftigten Mann schon als nicht ungewöhnlich geworden, für den Kurzarbeiter ist er natürlich noch geringer.

Das Bild wäre nicht wahrheitsgetreu, würde nicht auch gesagt werden, daß es noch Gewerbe gibt, die den Marsch in die Tiefe noch nicht kennen. Leider sind es bloß wenige, deren Reallohn nennenswert über dem Vorkriegssatz geblieben ist. In der Baumwollindustrie stiegen die Löhne 1920 bis auf etwa 180 Prozent über den Stand vor dem Kriege, ungerechnet des Sonderzuschlags für Stückarbeit als Ausgleich für die Einbuße, die durch Einführung der 44stündigen Arbeitswoche eintrat. Seitdem sind die Löhne bis auf 110 Prozent des Vorkriegssatzes gesunken, das heißt, der Reallohn des Vollarbeiters ist jetzt genau so hoch als im Jahre 1914. Das trifft, wie gesagt, eben nur für den Vollarbeiter zu, für den Kurzarbeiter, und es gibt deren sehr viele, ist das Realeinkommen bedeutend geringer.

Im Baugewerbe betrug im Jahre 1914 der Stundenlohn gelehrter Leute in den Großstädten etwa 10 Pence, er stieg im Jahre 1920 auf 27 1/2 Pence. Durch die Kürzungen auf Grund der gleitenden Lohnskala mit dem Sonderabzug von 2 Pence pro Stunde ist der Verdienst auf einen Betrag heruntergebracht, dessen Kaufkraft der des Einkommens vor dem Kriege gleichkommt. Die Gasarbeiter an den größeren Plätzen verdienten 1914 etwa 6 Schilling den Tag, 1920 18 Schilling. Heute erhalten sie 14 Schilling und nächsten Januar, wenn das neue Abkommen in Kraft tritt, nur noch 13 Schilling.

Die Landwirtschaft mag als Beispiel dafür gelten, daß der Reallohn hier und da noch über dem Vorkriegssatz steht. Freilich ist auch hier eine Senkung an der Tagesordnung. Immerhin beträgt die zurzeit vorherrschende Wochenrate noch 36 Schilling, also 125 Prozent über dem Vorkriegslohn. Nach es dabei bleibt, ist ganz und gar nicht wahrscheinlich. Da nach Verrückung der landwirtschaftlichen Lohnämter den Gutsbesitzern und -pächtern die Bodenfruchtbarkeit wesentlich erleichtert ist, wird, wie alle Zeichen erkennen lassen, auch hier bald eine Verschlechterung eintreten.

Diese Beispiele mögen für die Behauptung der Tatsache genügen, daß in England die Reallohn nachgerade auf der ganzen Linie auf den Stand vor dem Kriege heruntergedrückt, ja daß sie vielfach schon darunter angelangt sind. Versuche nach weiterer Verschlechterung sind allenthalben zu sehen. Das heißt die Lebenshaltung der englischen Arbeiterklasse noch schlechter als vor dem Kriege gestalten. Die Lohnrückerei wird erleichtert durch die Ohnmacht der Gewerkschaften, als auch durch die allgemeine Geschäftsflaute. Diese letztere wird absichtlich verlängert durch die Unternehmer, die Austräge zurückhalten, bis die Löhne die von ihnen als notwendig erachtete Tiefe erreicht haben.

## Der Achtstundentag in Polen

Unter dem Druck der weltpolitischen Ereignisse des Jahres 1918, im Osten die revolutionäre Rußland, im Westen und Süden die Revolution in Deutschland und Österreich, wurden die Nachbarn des neu geschaffenen Polenreiches gezwungen, etwas zur Beschäftigung der polnischen Arbeiterschaft zu tun. Sie bewilligten den Achtstundentag und versprachen, verschiedene soziale Einrichtungen für das Proletariat zu schaffen. Letzteres haben sie bis heute noch nicht getan, den Achtstundentag aber bereits wieder abgelehnt. Vorläufig ist das Gesetz für die Dauer von zwei Jahren außer Kraft gesetzt. Die Vereinbarung über die Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 10 Stunden ist dem Unternehmer und Arbeiter überlassen geblieben. Dieses Zugeständnis ist für die polnische Arbeiterschaft vollständig wertlos. Sie verfügt über keine gemeinschaftlichen Organisationen, die in der letzten Zeit erst neu geschaffen sind und noch schwach und unentwickelt, somit vollständig einflußlos. Die Arbeiter stehen noch zum großen Teil unter dem Einfluß der polnischen Massen. Die Vereinbarungen mit dieser Arbeiterschaft werden restlos zugunsten der Unternehmer ausfallen. Nach zwei Jahren wird niemand mehr an die Wiedereinführung des Gesetzes für den Achtstundentag denken, es sei denn, die polnische Arbeiterschaft erreicht in dieser Zeit mit ihren Organisationen gewaltige Fortschritte und kann die polnische Reaktion zwingen. Die Abschaffung des Achtstundentages ist um so unvermeidlicher, als zurzeit in Polen die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen noch nie gekannten Umfang angenommen hat. Die Betriebe im Bezirk Lodz zum Beispiel arbeiten nur noch drei Tage in der Woche. Die polnische Reaktion hat ihren Lieblingswunsch zur Ausführung gebracht.

## Die Rußlandhilfe der Gewerkschaften

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (I.G.B. Amsterdam) hat einen Vertrag mit der russischen Sowjetregierung abgeschlossen, der die ungehinderte Durchführung der internationalen Gewerkschaftshilfe für die notleidende Bevölkerung in Rußland sichern soll. Auf Grund dieses Vertrags eröffnet der I.G.B. demnächst ein Zentralbüro in Petersburg, zu dessen Leitung der englische Gewerkschaftsführer O'Grady gewonnen worden ist. Als Stapelplatz für die vom I.G.B. in den verschiedenen Ländern gekauften Lebensmittel ist Hamburg gewählt, von wo sie so schnell als möglich nach Petersburg transportiert und dann unter Leitung des unter O'Grady stehenden Personals nach ihren Bestimmungsorten übergeführt werden. Mit der Errichtung eines ersten Kinderheims in einer von der russischen Regierung noch näher zu bestimmenden Stadt soll sofort begonnen werden. In dem Heim werden 1000 Kinder aufgenommen und auf Kosten des I.G.B. versorgt werden. Die Errichtung weiterer Kinderheime ist in Aussicht genommen. Die in Deutschland eingekauften Medikamente zur Bekämpfung der Seuchen hat der I.G.B. nach einer persönlichen Unterhandlung mit Professor Ransen dem Internationalen Roten Kreuz für seine Hilfsaktion zur Verfügung gestellt. Diese Medikamente tragen jedoch auf ihrer Verpackung den Namen des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Durch den Vertrag mit der russischen Regierung und die darauffolgende vom I.G.B. getroffenen Maßnahmen sind alle Bürgerpflichten gegeben, daß die zur Linderung der Not in Rußland gespendeten Gelder auch wirklich in die rechten Hände kommen. Um so mehr ist es erforderlich, daß die Sammlungen, zu denen der I.G.B. erneut aufgerufen hat, auch in Deutschland nach Möglichkeit fortgesetzt werden.

## Flauheit im englischen Schiffbau

Der Rückgang des Welthandels hat einen argen Niedergang in der Schiffahrt und dadurch auch in der Schiffbauindustrie hervorgerufen. Neue Aufträge laufen sehr spärlich ein, ein Teil der früheren wurde annulliert. Nach Lobbs Register hat die Lonnage, die sich Ende September auf englischen Werften im Bau befand, im ganzen 3283000 Tonnen betragen, wobei die Arbeiten an 731000 Tonnen vorläufig eingestellt sind und an 457000 Tonnen verzögert wurden. Im Vergleich dazu kann man also die sich im Bau befindliche Lonnage auf nur 2085000 Tonnen schätzen. Ende Juni betrug diese Zahl 2351000 Tonnen.

Am deutlichsten wird die schwere Lage der englischen Schiffbauindustrie durch die starke Verminderung der Bauaufträge gekennzeichnet. Im 3. Quartal 1921 wurde im ganzen mit dem Bau von nur 310000 Tonnen begonnen, gegen 690000 Tonnen im 2. Quartal, 986000 Tonnen im 1. Quartal 1921 und 506000 Tonnen im letzten Quartal 1920.

# Gewerkschaftliches Trauerspiel

ober:

## Ein Streik der Maschinisten und Heizer

Aus Duisburg wird uns geschrieben: Die letzten Wochen haben in Duisburg und Umgebung ein gewerkschaftliches Trauerspiel gespielt, das wir zu Recht und Frommen aller Gewerkschafter betrauern dürfen. Dieses Trauerspiel, das übrigens nun auch noch in anderen Orten weitergetragen wird, hat, wie zu erwarten stand, für seine Betätigten mit materiellen Nachteilen geendet, von den moralischen gar nicht zu reden. Um klar zu sehen, wie sich die Sache verhält, muß etwas zurückgegriffen werden.

Nach der Umbildung von 1918 ist es auch den Arbeitern in Duisburg möglich geworden, ihre Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern tariflich zu regeln. Der erste Tarif wurde nicht nur von den drei Metallarbeiterorganisationen, sondern auch vom Bauarbeiterverband, dem christlichen Bauarbeiterverband als auch von dem Verband der Maschinisten und Heizer unterzeichnet. Allgemein verständigten sich die beteiligten Organisationen dahin, daß für ein Abkommen in einer Industrie die dafür in Frage kommende Hauptorganisation als Unterzeichner zu gelten habe. Für die Metallindustrie demnach der Metallarbeiter-Verband (oder Verbände, falls starke gewerkschaftliche Organisationen mit aufzutreten). Alle übrigen Organisationen werden bei Befreiung der Unterzeichner durch die Hauptorganisation mit vertreten. Letzteres schließt natürlich nicht in sich, daß die Keimorganisationen bei den Verhandlungen ausbleiben, sondern sie müssen zu allen ärztlichen Beratungen über die Höhe hinzugezogen werden. Das ist auch in dem Rahmentarif, der am 9. Mai 1920 für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie abgeschlossen wurde, niedergelegt. Laut dieser Bestimmung ist in Duisburg gehandelt und auch von Vertretern des Maschinisten- und Heizerverbandes anerkannt worden.

Was tut nun aber trotz dieser klaren, dieser allgemein anerkannten Regel der Verband der Maschinisten und Heizer?

Vom 3. Mai 1920 bis zum 27. Dezember 1920 erkennt er den Rahmentarif für die nordwestliche Gruppe an. Am 27. Dezember wird dann dem örtlichen Arbeitsverband eine Forderung der Heizer und Maschinisten überreicht, worin der Abschluß eines gesonderten Tarifs gefordert wird, mit der Begründung, daß berufstreue Organisationen — die Metallarbeiter sind damit gemeint! — nicht lasten dürfen, die Interessen der Maschinisten und Heizer wahrzunehmen, wobei den Unternehmern die Erzeugung des Tarifwiderstandes mit scharfen Mitteln in Aussicht gestellt wurde. Die Anwendung dieses Mittels verbot indes der klare Geschäftsgang Anfang 1921.

Inzwischen riefen die Maschinisten und Heizer alle möglichen Stellen zwecks Erlangung der Kontrahentenrolle an, nur die richtige Stelle nicht. Am 15. Februar 1921 erklärten sie den Arbeitgebern, sie fühlten sich nicht mehr an die bestehende Tarife gebunden. Am 25. April erklärten sie an den Reichs- und Staatsminister das Ersuchen, vermittelnd eingzugreifen, damit sie als Kontrahenten anerkannt würden. Es wurde ihnen zur Antwort, daß dies unmöglich sei, weil das der noch geltende Rahmentarif nicht zulasse. Sie wurden an die Spitzenorganisationen, als die einzig richtige Stelle verwiesen, wo ihr Verlangen zu prüfen sei und stattgegeben werden könne. An die Spitzenorganisation, also den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart, haben sich die Maschinisten und Heizer zwecks Erlangung der Kontrahentenrolle des Rahmentarifs gewandt.

Von diesen Eingaben und noch einer anderen wurde die Bruderorganisation, das ist der Metallarbeiter-Verband, entgegen den Beschlüssen des A.O.S.B. sowie der rahmentariflichen Bestimmung nicht in Kenntnis gesetzt. Dieses wurde dann, daß in einer Sitzung der örtlichen Tarifgemeinschaft nur die gewerkschaftlichen Organisationen die Forderungen der Maschinisten und Heizer von den Arbeitgebern ausgehandelt bekommen und den Verbänden der Metallarbeiter-Verbandes trotz der Tatsache, daß die Wünsche der Maschinisten und Heizer kennen, denn die Arbeiter doch in einem Hause! Welchen Grund hat dieses Verhalten der Maschinisten und Heizer auf die Segner der freigewerkschaftlichen Bewegung machen muß, läßt sich denken. Um das Trauerspiel zu beenden, wurde von unserer Duisburger Verwaltung der Hauptverband in Stuttgart ersucht, sich an den Hauptvorstand des Maschinisten- und Heizerverbandes zwecks Regelung der Sache zu wenden. Das ist geschehen. Die Antwort vom letzteren blieb aus.

Der Duisburger Ortsausschuß veranstaltete am 5. und 13. Oktober Verhandlungen zwischen den örtlichen Verbänden, die das Ergebnis hatten, die endgültige Beschäftigung über den Streik bis zum 23. Oktober zu verschieben, um den Konflikt als auch dem A.O.S.B. Zeit zu geben, am Ort Stellung zu nehmen. Das konnte erst am 24. Oktober stattfinden. Obwohl die Maschinisten und Heizer wußten, daß am 24. Oktober die wichtige Sitzung war, hielten sie tags zuvor ihre Mitglieder zusammen und flogen sie beschließen, die Werke am 24. Oktober, nachmittags 2 Uhr, auszusetzen. Kein Arbeiter wurde vom Maschinisten- und Heizerverband getrennt, keine Mitglieder in den Betrieben zu halten.

Die gewerkschaftliche Sitzung der Verbände endete am 11 Uhr mit dem Beschluß, daß die Kontrahentenrolle nur durch die Verbände mit dem A.O.S.B. geregelt werden kann. Dieser Beschluß wurde am 11. Oktober auf neue bekräftigt. So blieb nur noch die Lohnfrage. Da die Metallarbeiterorganisationen sämtliche Tarife genehmigt, auch die Forderungen der Maschinisten und Heizer mit übernommen hatten, hätte unter keinen Umständen den Tarifverhandlungen durch Arbeitsniederlegung, wie es die Maschinisten und Heizer getan, vorgegriffen werden dürfen, ganz abgesehen davon, daß Tarifstreiks zu wahren der Bestimmung gemäß für die Maschinisten und Heizer, wodurch auch sehr viele Mitglieder anderer Gewerkschaften zum Streik ge-

zwungen oder ausgespart wurden. Und das Ergebnis dieses ebenso regelwidrigen wie sinnlosen Streiks? Nach zwei Wochen mußte er aufgegeben werden, eine Anzahl Gewerkschafter blies auf der Straße.

Nun, es ist so gekommen, wie es den Maschinisten und Heizern von jedem halbwegs einsichtigen Gewerkschafter hätte vorausgesagt werden können. Die Leiter des Maschinisten- und Heizerverbandes wollten nicht hören, so mußten sie eben durch Schaden klug werden. Sie versuchen jetzt, die Schuld für ihre eigenen Fehler auf den Metallarbeiter-Verband abzuladen. Sie bereiten nun das ganze Industriegebiet, um für einen Sympathiestreik zu werben. Das heißt das Trauerspiel noch verallgemeinern. Diese Verallgemeinerung kann nur noch den Schaden für die freigewerkschaftliche Bewegung und für den Maschinisten- und Heizerverband im besonderen vergrößern. Der ureigentliche, in Geheim verfolgter Zweck jedoch ist damit sicherlich nicht zu erreichen.

Wir unferseits haben um der Sache der gesamten Arbeiterschaft willen nur den dringenden Wunsch, daß dieses Trauerspiel bald sein Ende finde und sich nie wiederhole. Das aber auch der A.O.S.B. viel nachdrücklicher als bisher gegen solches Tun und Treiben einzuschreiten hat, dünkt uns ebenso selbstverständlich wie unbedingt erforderlich.

## Der Streik auf der U.-S. Weser

Am 4. Oktober ging der Streik auf der U.-S. Weser, woran 8800 Mann beteiligt waren, zu Ende. Sein Verlauf und sein Ergebnis zeitigte so gewichtige Lehren für die Arbeiterschaft, daß wir nicht ansetzen, folgenden von beteiligter Seite stammenden Bericht mit nebensächlichen Kürzungen wiederzugeben. Die Schriftleitung.

Wollte man die Ursachen dieses Kampfes kennen lernen, so ist es notwendig, zurückzugreifen. Die U.-S. Weser, ein Betrieb, der vor dem Kriege infolge seiner technischen Unvollkommenheit stets unwirtschaftlich arbeitete, erholte sich infolge der Kriegsaufträge (U-Boote) während des Krieges. Die Gewinne wurden zur Errichtung neuer Hallen mit den dazu gehörigen Maschinen verwendet. Durch das teilweise zusammenhanglose Aufbauen der Hallen wurde die technische Unvollkommenheit noch vergrößert. Eine weitere Erschwerung der Produktion entstand durch die ziel- und planlose Heranziehung von Arbeitskräften. Die Zahl der Beschäftigten stieg von 4000 bei Beginn des Krieges auf über 10000 bei Beendigung.

Auch nach dem Kriege wurden auf den Werften durchweg nur Regiearbeiten ausgeführt, ganz gleichgültig, ob es sich um Schiffsneubauten oder Baggern- und Lokomotivrepauraturen handelte. Je höher die Stundenzahl der Arbeiter, um so höher der Profit der Werkbesitzer. Hinzu kommt, daß auf der U.-S. Weser seit längerer Zeit zwei Kapitalgruppen um die Vorherrschaft kämpften, dieser Kampf nahm natürlich auch die leitenden Personen des Betriebes in Anspruch. Mehrmals erfolgte ein Wechsel im Direktorium.

Infolge der vorher geschilderten Umstände war es der Arbeiterschaft möglich gewesen, sich etwas mehr Rechte anzueignen als in anderen Betrieben. Selber verband die Arbeiterschaft und insbesondere der Betriebsrat es nicht, diese Rechte im Interesse der Arbeiterschaft auszubauen und zu befestigen. Im Gegenteil benutzte man sie dazu, die Arbeiterschaft durch ständig wechselnde Schlagworte zu verwirren. Hier seien nur einige genannt: Die Gewerkschaften sind historisch geworden. Heraus aus den Gewerkschaften! Dann kam hier zu die Gründung der Jungsozialistenorganisation, der Allgemeinen Arbeiter-Union, die sich allerdings nach kurzer Zeit wieder auflöste. Der Grund für diese verberbliche Agitation in Bremen war die U.-S. Weser, in der Hauptstadt deren Arbeiterrat. Mancher alte Gewerkschafter hat sich bedören lassen und ist aus der Organisation ausgetreten. Während des Kampfes hat man dafür büßen müssen. Bei Ausbruch des Streiks waren von 8800 nur etwa 4000 organisiert. Ein Erfolg der Quartierleiter und Spaltungsarbeit.

Als das Reich durch das Redereiaufbindungsgebot feste Summen für den Wiederaufbau der Flotte ausgemworfen hatte, die Arbeiter namentlich zu festen Preisen hergestellt werden mußten, glaubte die Direktion, die Wettbewerbsfähigkeit etwas dadurch herstellen zu können, daß sie 3000 bis 4000 Arbeiter zu entlassen, die Arbeitspreise herabzusetzen und sonstige Verschönerungen einzuführen versuchte. Zudem es den Gewerkschaften gelungen war, den größten Teil der Entlassungen zu verhindern, trat die Arbeitsniederlegung in den Vordergrund. Der nun glaubte, daß in dieser schwierigen Lage die Mehrheit des Arbeiterrats jetzt endlich zu der Einsicht gekommen wäre, mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu arbeiten, der erteile sich. Im Gegenteil wurden die Gewerkschaftsvertreter als Verräter bezeichnet. Das Niederbrennen in Versammlungen war an der Tagesordnung. In dieser bis zur Siehebeite gesteigerten Erregung und Verwirrung wurden durch einen harten Zusammenstoß mit der Direktion drei Arbeiterkammermitglieder entlassen. Die Arbeiter ließen die Arbeit ruhen. Die Gewerkschaftsvertreter erkannten die Falle, sie wählten vor der Arbeitsniederlegung, weil die Direktion — ein Direktor sprach es offen aus — 2000 bis 3000 Arbeiter los werden wollte, die sie ohne Streik und ohne vorhergehende Verfürzung der Arbeitszeit nicht mehr abstoßen konnte. Vergeblich, die diesen Rat erteilten, waren ja Verräter. Wie recht sie hatten, beweist das Ergebnis des Streiks.

Wir besten verlogenen Mitteln, damit man die Arbeiterschaft vor dem Streik bearbeitet hatte, versuchte man es noch während des Streiks. Bereits am 14. August, zwei Tage vor dem Beginn des Streiks, schrieb die Rote Fahne: „Arbeiterstreik in Bremen, die Angehörigen haben sich solidarisch erklärt und streiten geschlossen mit.“ Die Angehörigen, die in diesem Betrieb verhältnismäßig besser organisiert sind als die Arbeiter, waren schlauer, sie trugen nicht auf diesen Reiz.

Ein Kommunistenführer beantragte, wenn die Direktion den Betrieb nicht weiterführen wolle, sollte die Arbeiterschaft ihn übernehmen, Geld und Betriebsgegenstände sollten telegraphisch — Kraft und angeordnet werden. Fast täglich wurden unkontrollierbare Berichte in die Presse langiert, die oft am Tage darauf wider-

rufen werden mußten. Nach England (Daily Herald) wurde ein Telegramm ohne Wissen irgend einer gewerkschaftlichen Stelle geschickt, in dem um finanzielle Unterstützung gebeten wurde.

Die Verwirrung ging weiter. Syndikalist und Unorganisierte hatten die Oberhand; sie bildeten ja die größte Organisation. Gewerkschaftliche Versammlungen wurden von ihnen gesprengt. Einen Tag brüstete man die Gewerkschaftsangehörigen neben am anderen schiedte man eine Kommission zum Büro des Metallarbeiter-Verbandes mit der Bitte, ein Vertreter dieser Organisation möge erscheinen.

Eine besonders traurige Erscheinung ist die bei diesem Kampf aufgebaute Spitzelaffäre. Wohl nirgends ist bisher eine derartige Korruption zu verzeichnen gewesen. Der Generaldirektor der U.-S. Weser hat sich mit einem ganzen Stab von Spitzeln und Judasfellen umgeben. Die Angehörigen des Verbandes kamen auf die Spur der Verräter und nach tagelangem Verhören konnte der ganze Sumpf aufgedeckt werden. Als Führer der Spitzelsippe wurde der Vorsteher des Bezirks Nordwest der R.P.D. und Vorsitzender der R.P.D. Fraktion des Bremer Parlaments entlarvt. Derselber Vernehmung auf dem Verbandsbüro kniete er zusammen. Diese Würsche, der ständig von dem Verrat der Gewerkschaften sprach, was bis dahin in der Arbeiterbewegung unbekannt. Durch sein Verraten habentum wurde es ihm möglich, innerhalb der R.P.D. in kurzer Zeit die höchsten Ehrenämter zu ergattern. Diese Edelgestalt brachte es fertig, im Auftrage der Direktion ein Flugblatt gegen die Arbeiter zu schreiben, worin er sich selbst als Abrahambild bezeichnete.

Daß unter solchen Verhältnissen eine geordnete Führung der Kampfes nicht möglich war, dürfte ohne weiteres einleuchten, also auch, daß dieser Kampf mit einer Niederlage enden mußte. Mehrmals wurde geraten, den Kampf abzubrechen, um der Arbeiterschaft größere Opfer zu ersparen. Die Schreier von gestern hatten nicht den Mut, obwohl sie selbst eingeschrieben, daß die Weiterführung des Kampfes zwecklos sei, ihren irregulierten Kollegen die Wahrheit zu sagen. Die Annahme des Schloßspruches der Gesamtmetallarbeitergesellschaft war ein willkommener Grund für sie, die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. Glaubten sie nun doch, die Schuld auf die Gewerkschaften und die gesamte Metallarbeitergesellschaft abwälzen zu können. So ist wieder einer von den vielen Kämpfen zu Ende gegangen, bei dem Leute ohne Verantwortung vor und während des Kampfes im Bahnen gedrängt wurde, die in den Sumpf führen. 3000 Mann sind auf der Straße geblieben, davon ein großer Teil der tüchtigsten und zuverlässigsten Gewerkschafter. Es wird einer langen und jähen Arbeit bedürfen, um einigermassen erträgliche Zustände wieder herbeizuführen. Auf der anderen Seite ist zu sehen, daß zahlreiche Arbeiter erkrankt haben, daß sie sich, wenn sie zu gebunden Verhältnissen kommen wollen, von den Jungsozialisten befreien müssen. Dies ist der einzige Lichtblick dieses Kampfes. Mögen unsere Kollegen an solchen Beispielen erkennen, daß die Arbeiterschaft sich wieder zusammensuchen muß; daß gegenseitiges Vertrauen, Wirtschaftskennntnisse, Einschätzen der Machtverhältnisse zum Führer der gewerkschaftlichen und politischen Kampf unbedingbar notwendig sind, um solche Niederlagen zu verhindern.

Osloer Schluß

## Beitragshöhe einst und jetzt

Aus Essen wird uns geschrieben: Einige unserer Kollegen können sich immer noch nicht so recht mit der Beitragssteigerung abfinden. Besteht nun wirklich ein Grund zum Murren und Kränkeln? Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß es manchem Familienweiser schwer fällt, in dieser teuren Zeit höhere Beiträge zu zahlen, aber was ein Wille ist, da wird sich auch ein Weg finden. Betrachten wir doch die Beiträge von früher. Vor dem Kriege wurden hier 80 % pro Woche gezahlt. Das bedeutete für die meisten Kollegen mehr als ein Stundenlohn. Heute bezahlen wir 6 M., das macht doch für die meisten Kollegen weniger als einen Stundenlohn aus. Vergleichen wir also den jetzigen Beitrag mit dem früheren, d. h. am Lohn gemessen, so ergibt sich zweifellos, daß der Beitrag von 6 M. nicht als zu hoch bezeichnet werden kann. Im Gegenteil, entwickeln sich die augenblicklich herrschenden Verhältnisse so weiter, dann muß über kurz oder lang mit einer erneuten Beitragssteigerung gerechnet werden.

Daß übrigens der Verbandstag in Jena das Richtige getroffen hat, beweist folgende Tatsache: In einem Schreiben, das der Hauptvorstand des Gewerksvereins deutscher Metallarbeiter (D.-V.) an seine Ortsvereinsvorsitzenden versendet, heißt es unter anderem: „Die immer mehr steigende Steuer und das Fallen unserer Kraft sowie die Neuregelung der Beiträge und der Unterstützungen im Metallarbeiter-Verband zwingen den Hauptvorstand, Stellung zu einer Neuregelung unserer Beiträge und Unterstützungen zu nehmen.“ Hier wird also unsere Beitragssteigerung von dem Vorstand einer anderen Organisation dazu benutzt, ihren Mitgliedern eine Beitragssteigerung mungerecht zu machen. Mögen also unsere Kollegen ihre durch nichts begründeten Kritik Einhalt gebieten und die Zeit, die sonst zum Murren verschwendet, zur Agitation und zur Gewinnung neuer Mitglieder benutzen.

## Arbeiter betreiben Kriegsarbeit

In dem Blatte des Metallarbeiterverbandes von Elsaß-Lothringen lesen wir in der Nummer vom 12. November:

Die Firma Honderie Parisienne in Choisy-le-Roi bei Paris übernahm eine Bestellung auf die Herstellung von 800 000 Granaten. Als die Arbeiterschaft davon Kenntnis erhielt, beschloß sie, die Munitionsfabrikation mit allen Mitteln zu verhindern. Ein Teil der Arbeiter, die Modelltypen herbeizubringen sollten, hat schon die Herstellung der Modelle verweigert. Die revolutionär orientierte Metallarbeitergewerkschaft unterstützt die Bewegung des Seine-Departements. Auch Rumänien und Polen hat in der letzten Zeit Spanien große Mengen von Kriegsmaterial in Frankreich bestellt.

Zunächst ist es der billige Preis des Feuerungsmaterials, der im Gewicht fällt. Vergleicht man dann ferner die Heizwerte von festen und flüssigen Brennstoffen miteinander, so ergibt sich, daß man für denselben Effekt etwa dreimal mehr Kohlen (an Gewicht) als Öl benötigt. Der durch Verwendung von Öl erzielte geringe Verbrauch kann in bestimmten Fällen ein sehr in die Wagtschale fallender Faktor sein. Ihre Bedienung kann jedem ungelerten Arbeiter ohne weiteres anvertraut werden. Dazu kommt die außerordentliche Regulierbarkeit der Ofenernung, mittels eines einfachen Handgriffes kann die genaueste Einstellung erzielt werden. Die Inbetriebsetzung kann sofort ohne jede Vorbereitung vor sich gehen. Berücksichtigt man dazu noch, daß — bei guter Regulierung — eine vollkommene Verbrennung gewährleistet wird, was bei Feuerungen mit festen Brennstoffen praktisch überhaupt nicht der Fall ist, so liegt klar auf der Hand, daß die Ölfeuerung das Ideal einer Feuerung darstellt.

Besonders wertvoll ist sie aber für die Leuchtbildung in der Fabrik- und Rotorabundindustrie, in welcher täglich tausende Hunderte von Lichtstellen herbeizubringen müssen. Selbstverständlich spielt bei solchen Massenfabriken auch der kleinste Vorteil eine nicht unbedeutende Rolle, da die gemachten Ersparungen sich im Laufe des Jahres ganz gewaltig summieren.

Die Bauart der transportablen Ofen ist einfach. Der auf drei Trägern ruhende Ofen trägt einen im Feuerungsraum angeordneten, wabenartig ausgebildeten Ziegel, welcher auf einem fluerfesten Fuß angebracht ist. Der Feuerungsraum hat um den letzteren herum einen freisitzenden Querschnitt, der nach oben hin allmählich in ovale Form übergeht. Die aus den beiden diametral angeordneten Brennern eintretenden Feuerungsgase ergänzen sich, indem sie um die Wanne nach oben sich bewegen kreisen und die mittels Kohlen mit dem Ofen verbundenen Abdeckscheibe nach der Mitte des Ziegels hin herabgedrückt werden. Das Schlaglot im Ziegel ist durch eine mehrere Zentimeter dicke, obenaufliegende Abdeckscheibe gegen Verdampfung des Zugs geschützt. Diese Abdeckscheibe hat aber auch ferner die Aufgabe, die Haltbarkeit des Schlaglotes an den zu lösenden Teilen zu vergrößern.

## Die erste deutsche elektrische Schreibmaschine

Die erste elektrische Schreibmaschine, deutsche Erfindung, deutsches Patent, kommt jedoch aus den USA. Es handelt sich also nicht etwa um ein Erfindungsmodell, sondern um fabrikationsmäßig hergestellte Schreibmaschinen. Die Patente gehören dem Mercedes-Benz-Verkehrsmittel-Werke, deren Patenten sich in zehn Ländern befinden. Wir sehen, wenn man so sagen darf, an einem neuen Wendepunkt in der Geschichte der Schreibmaschinentechnik.

Dieser neue Typ unterscheidet sich wesentlich von den gewöhnlichen Mercedes-Schreibmaschinen. Nur ein kleiner Fortschritt bei der rechten Seite der Maschine, der den jetzt gewöhnlichen arbeitenden Motor verdrängt, ist genügt als Unterscheidungsmerkmal. Die Leistungsabgabe bei der elektrischen Schreibmaschine ist leicht, so daß sie jeder Hausfrau, selbst der geringste Druck des Fingers ausreicht. Dieses liegt nicht nur auf die Schreibmaschine, sondern auch auf die Umstellung, denn auch die Umstellung wird mechanisch bewirkt, wobei besonders zu beachten ist, daß es durch mechanische der Umstellung nicht mehr bedarf. Ein leichter Druck genügt wiederum, um den Zogen in die Umstellung zu bringen, während er beim Vorziehen der nächsten Zeile in die Formelzeile zurückgeht.

Die Vorteile der elektrisch arbeitenden Schreibmaschine sind selbstverständlich und in hier zunächst hervorzuheben, daß jedes ungeschickte Schreiben fortfällt, denn der Zugsdruck hängt bei der elektrischen Schreibmaschine nicht mehr von der Geschwindigkeit und der Spannung ab, sondern von dem Druck des Schreibenden ab, während er selbst ein Maßstab für die Geschwindigkeit ist. Es wird in der elektrischen Maschine ein Maßstab für die Geschwindigkeit sein, der bei der gewöhnlichen Mercedes-Schreibmaschine die Möglichkeit geschaffen, daß die Schreibmaschine verstanden werden kann, je nachdem es man mehr oder weniger Druck auszuüben will. Die verhältnismäßige Anschlagstärke, die durch einen bestimmten Druck an der rechten Seite der Maschine ein-

gestellt wird, hat aber nicht den geringsten Einfluß auf die Bedienung der Maschine, denn der Lastniederdruck bleibt — auch selbst wenn die größte Anschlagstärke eingestellt ist — genau so leicht und angenehm wie bei der geringsten Anschlagstärke. Durch einfachen Steckkontakt kann die Maschine zu jeder beliebigen elektrischen Leistung angeschlossen werden.

Es überrascht, wenn man feststellt, daß die elektrisch arbeitende Maschine in keiner Weise komplizierter geworden ist wie die gewöhnliche Mercedes-Schreibmaschine, so daß also ihre Instandhaltung durch den Benutzer genau so leicht ist wie früher.

Es ist heute noch nicht der Zeitpunkt, irgend etwas Bestimmtes über die Zukunft der Mercedes-Schreibmaschine zu sagen, das eine Scheitern für uns schon heute feststehen, daß die elektrisch arbeitende Maschine für die Schreibmaschinentechnik einen gleichem entscheidenden Umstoß bewirkt, wie es kürzlich bei der Einführung der ersten sichtbar arbeitenden Schreibmaschine der Fall war. Die sichtbar arbeitende Schreibmaschine hat ihren Siegeszug durch die ganze Welt gehalten und hat in wenigen Jahren die unsichtbar arbeitende Maschine fast gänzlich verdrängt; es dürfte kaum zu viel gesagt sein, daß wir etwas Ähnliches auch bezüglich der elektrischen Schreibmaschinen erleben können. Die Vorteile dieser neuen Erfindung ist vorläufig noch gar nicht abzusehen; es dürfte sich ganz neue Perspektiven und die Zukunft wird uns lehren, welche gewaltigen Fortschritt es ist, daß wir nunmehr auch die Weltgenossen in den Besitz der Schreibmaschine gestellt haben.

## Kösten mit Delfeuerung

Die Verwendung von flüssigen Brennstoffen an Stelle von festen ist seit Jahren in jeder Hinsicht begründet. Bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit waren es allerdings hauptsächlich nur die an Erbsenfabriken und in anderen Anlagen, welche hierzu in Betracht kamen. Seitdem nun aber auch in Deutschland — in normalen Fällen — billige Öl- und Gasbrennstoffe zur Verfügung stehen, ist in zahlreichen Gasfabriken und Erbsenfabriken ein Umpferung vorgenommen worden, hat sich auch bei uns der Ölfeuerungsbetrieb mehr und mehr etabliert.

# Eine Aufgabe für die Betriebsräte

von Edward Graf

Nach ich habe es immer beklagt, daß die große Masse der Arbeiter zu wenig Interesse an den sozialen Einrichtungen von Stadt und Gemeinde zeigt. Dies hat z. B. wieder das unzureichende Ergebnis der Wahlen zu den allgemeinen Ortskrankenkassen gezeigt; auch der Besuch der Kinderhilfsausstellungen von der Arbeitererschaft. Kritischer ist eben leichter als praktisch mitzuarbeiten. Dies mag auch die Ursache sein, daß viel zu wenig Arbeiter sich zu dem Posten der Armenpfleger usw. melden oder diese nach längerer Tätigkeit wieder niederlegen möchten. Durch dieses Verhalten der großen Masse der Arbeitererschaft wird leider auf dem sozialen Gebiet sehr viel veräumt, denn praktische Mitarbeit in allen diesen Fragen würde diese im Sinne des Proletariats auszubauen oder wenigstens stark zu beeinflussen suchen.

Wie aber oft durch Zufall eine Verbesserung eintreten kann, zeigt folgendes Beispiel: In zwei Aufschriften von Frankfurter Betriebsräten der Metallindustrie wurde ich auf die Zustände der Frankfurter Jugendherberge und des Vorkursgebäudes des Jugendamtes aufmerksam gemacht. Scharfe Kritik wurde in diesen Schreiben geübt und alle Klagen der Vorkurslinge einfach für bare Münze genommen, statt erst eine Untersuchung einzuleiten. Ich wurde auch aufgefordert, mich mehr um diese Einrichtungen zu kümmern, in denen diese armen Jungen bittere Not leiden müßten, sicher auch nicht richtig erzogen würden. Dies gab mir nun Gelegenheit, mit den Obleitern der beiden Betriebsräte eingehend über diese Fragen zu verhandeln und ich merkte sofort, daß die guten Leute eigentlich sehr wenig Ahnung von diesen Einrichtungen und dem Seelen- oder Geisteszustand dieser Jungen selbst hatten. Es wurde vereinbart, daß die Betriebsräte die Einrichtung an Ort und Stelle besichtigen, auch mit den Leitern dieser Heime über die einzelnen Fragen erst verhandeln sollten, um dann zu praktischen Vorschlägen, zur Reform dieser ganzen Fürsorgeeinrichtung zu kommen. Erfreulich war es dann, daß beide Arbeiter auf meine Vorschläge eingingen, die Heime genau besichtigten und mit den Jugendlichen dort selbst verhandelten. Beide sind vom Saulus zum Paulus geworden. Das Interesse an dieser wichtigen Frage war auf einmal geweckt und in den Betrieben nach dem Bericht der Obleute lebhaft erörtert. Die Erkenntnis brach sich Bahn, daß man sich doch mehr um die jungen Menschenkinder kümmern müsse, die oft weder Vater noch Mutter haben, oder deren „Schutz“ entziffen werden müssen, damit sie nicht noch mehr verwahrlosen. Auch der Seelenzustand dieser Jungen muß mehr beachtet werden.

Weitere Betriebsräte besichtigten dann die Jugendheime unserer Stadt und wurde dann in einer Besprechung mit dem Jugendamt vereinbart, daß zunächst eine größere Versammlung der Obleute der Frankfurter Betriebsräte in dieser Frage stattfinden soll, um so das Interesse zu erfrischen und in weitere Kreise zu tragen. Der Anfang war recht vielversprechend. Nach den einleitenden Vorträgen von Fachkundigen merkte man vielen Zuhörern deutlich an, daß sie sich vor ganz neue Fragen gestellt haben. Die an die Vorträge anschließende Aussprache stand auch auf voller Höhe und wurde von allen Rednern zugegeben, daß in dieser Frage bisher sehr viel veräumt oder gesündigt worden ist. Ganz erfreulich war es, daß der Obmann des Betriebsrates der städtischen Werke offen zugab, daß in erster Linie die städtische Arbeitererschaft dafür einzutreten müsse, daß die städtischen Betriebe in dieser Frage den Anfang machen müssen, den Privatbetrieben mit gutem Beispiel voranzugehen sollen. Das Ergebnis dieser ersten Besprechung war die Einberufung einer großen Versammlung aller städtischen Betriebsleiter und Betriebsräte. Nach meinem einleitenden Vortrag schilderten Direktor, Verleger und Professor v. Dühring die Not dieser Kinder, die für das praktische Leben oft ungeeignet, ohne Schutz der Arbeitererschaft den Kampf ums Dasein nicht bestehen können. Die Aussprache war sehr lehrreich und man merkte es wieder den einzelnen Rednern an, daß sie die Unmöglichkeit der Arbeitererschaft in dieser Frage bereuten. Einstimmig wurde gefordert, daß die Arbeitererschaft unbedingt in dieser Frage mitzuarbeiten habe, um dem suchtbaren Kinderelend zu steuern und den Mündern des Jugendamtes die Zukunft zu erleichtern; standen sie doch alle unter dem großen Eindruck der Rede Professor v. Dührings, der die schwer erziehbaren Kinder vor Luththaus und Befängnis rettet, der der Versammlung zurief: „Nichtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!“, daß 85 v. H. aller Sträflinge erblich belastet oder auch geistig minderwertig seien, die statt ins Gefängnis oder Luththaus rechtzeitig in praktische Fürsorge genommen werden müßten. Erfreulich war auch die Zustimmung zu meiner Forderung, daß man Frankfurter Kinder nach der Schulentlassung nicht zu selbstständigen Bauern oder Lehrherren auf Land geben dürfe, sondern daß sie in erster Linie in städtischen Betrieben als Lehrlinge oder angeleitete Arbeiter untergebracht werden müßten. Einzelne Betriebsleiter äußerten sich auch zur Sache und stimmten mit den Arbeitern darin überein, daß in erster Linie mit dem alten Brauche gebrochen werden müsse, daß die Söhne städtischer Beamter oder Arbeiter die wenigen Lehrstellen der städtischen Betriebe besetzen. Daß aber auch in der Zeit allgemeiner Lehrstellennot die städtische Verwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und mehr Lehrlinge einstellen müsse.

Sehr praktisch fand man daher den Vermittlungsvorschlag eines Betriebsleiters, für Ostern 1922 die Hälfte aller Lehrstellen mit Schülern des Jugendamtes zu besetzen, statt erst längere Verhandlungen mit den einzelnen Ämtern zu führen. Die Betriebsräte können dies auch, denn diese Forderung steht in keinem Widerspruch zum Betriebsrätegesetz und ihren eigenen Aufgaben. Das Frankfurter Jugendamt hat dann nicht mehr nötig, so viele Kinder auf das Land zu bringen, wo sie oft der Ausbeutung selbstsüchtiger Lehrherren preisgegeben sind, die keine geregelte Arbeitszeit kennen, schwer zu überwachen sind, zumal ja diese Lehrlinge in Kost und Logis beim Meister stehen.

Kümmern sich also die Betriebsleiter und Betriebsräte mit allen übrigen Arbeitern um diese werdenden Menschenkinder, dann können große Erfolge erzielt werden. Dann wird allgemein auch angetreten, was bereits erfreulicherweise in einigen Betrieben der Fall ist, daß gerade die Schöglinge des Jugendamtes ganz besonders beachtet und weil diese oft ohne Familie dasitzen, der Beratung in allen Nöten des Lebens entbehren, den nötigen Schutz finden. Erfahrene Betriebsräte werden bald auch die Eigenarten solcher Jungen herausfinden oder sich mit ihnen vertraut machen, um so deren Straucheln nach Möglichkeit zu verhindern. Gar oft wirkt ein väterlich ermahnendes Wort aus diesem Munde auf die jungen Menschenkinder mehr als alle Vorschläge der Leiter der Heime selbst, und diese haben wieder eine Stütze an den Betriebsräten, deren Aufgabe in allen Erziehungsfragen von größter Bedeutung sein wird.

# Amtsmüdigkeit der Betriebsräte

Es wird uns geschrieben: Kaum ist ein Jahr vergangen seit dem Bestehen des Betriebsrätegesetzes und schon müssen wir die betrübende Beobachtung machen, daß eine gewisse Flaubei der Wähler und eine große Amtsmüdigkeit der Betriebsratsmitglieder um sich greift, wodurch die ganze Betriebsdemokratie in Frage gestellt wird. In zahlreichen Betrieben, so wird berichtet, ist die Wahlbeteiligung sehr gering, in manchen hat man überhaupt von einer Wahl Abstand genommen, sehr oft aber verzichten Mitglieder eines Betriebsrates auf eine Wiederwahl und neue Bewerber sind nicht vorhanden. Diese tieftraurige Erscheinung, die dem deutschen Proletariat wahrlich kein günstiges Zeugnis ausstellt, muß ihre tieferen Gründe haben, und es dürfte sich verlohnen, ihnen einmal nachzuspüren. Man vermag ja nur dann ein Übel zu beseitigen, wenn man seine Quelle kennt.

Was zunächst die Laune und Flaubei der Kollegen und Kolleginnen in den Betrieben anbetrifft, so hat sie zweifellos ihre Ursache in der Enttäuschung über die verhältnismäßig geringen Erfolge der Betriebsdemokratie. Die allermeisten Menschen sind nun einmal Illusionisten. So hatten sich denn auch zahlreiche Proletarier in die Illusion gewiegt, man könne innerhalb eines einzigen Jahres unser Wirtschaftsleben demokratisieren. Sie unterschätzten die Schwierigkeiten, die sich jeder neuen Entwicklung in den Weg stellen, sie vergaßen die Wahrheit des Sprichwortes, daß gut Ding Weile haben will, und daß auch Rom nicht in einem Tage erbaut worden ist. Vor allen Dingen aber unterschätzten sie den Widerstand des Kapitalismus gegen das im Werden begriffene neue Arbeitsrecht. Anstatt tatkräftig mitzuarbeiten und die Betriebsräte in ihrer schweren Arbeit zu unterstützen, ließen sie den Wisenmachern und Phrasendreschern ihr Ohr, die den Kapitalismus mit dem Maul umblasen und die Welt mit Nebendarteln erobern wollen. So wurde denn genörgelt und geschimpft und den Betriebsratsmitgliedern wurde das Leben noch saurer gemacht, als es ohnehin schon war. Die Folge davon ist, daß sich zahlreiche tüchtige Leute für die „Ehre“, Betriebsrat zu spielen, bedanken, weil sie keine Lust mehr haben, als Sündenböcke in die Wüste geschickt zu werden und eine verantwortungsvolle Tätigkeit zu verrichten, die ihnen „Stank statt Dank“ einträgt.

# Der Hammer

Fruchtbarer Hammer — schlage, schaffe, schöpfe!  
Niete setzt sich an Niete:  
Platte eint sich der Platte:  
Gestänge greift ins Gestänge —  
Herrlich steht unser Werk!

Fruchtbarer Hammer des Willens —  
Schaffe, schöpfe auch du!  
Eine die streikenden Geister:  
Wirke am Turme der Einheit:  
Von dessen roten Antennen  
Die Blitze den Erdball umzirkeln!

Max Dorn.

Zweifellos ist das Amt eines Betriebsratsmitgliedes ein schweres und undankbares Amt. Es bringt, wenn es richtig verwaltet, weder Ehre noch sonstige Vorteile ein, es macht auch kein Vergnügen und ist nicht mit Annehmlichkeiten verbunden, man könnte es eher eine Dornenkrone nennen, die den Betreffenden aufs Haupt gedrückt wird. Auf der einen Seite muß sich der Betriebsrat unaufhörlich mit der Betriebsleitung herumschlagen, weil diese nur ungern auf ihr bisheriges Alleinbestimmungsrecht verzichten will, auf der anderen Seite hat er es mit jenen Elementen zu tun, die als geborene Stachelchweine im Betriebe herumlaufen und überall Unfrieden stiften. Wenn diese Leute und auch jene Leute, die sich von ihnen ins Schlepptau nehmen lassen, einmal darüber nachdenken wollten, weshalb jahtuntes Unheil sie durch ihr unverantwortliches Treiben anrichten, so würden sie vielleicht zur Vernunft kommen. Aber so, wie die Sache gegenwärtig liegt, hat ein Betriebsratsmitglied fast nichts als Ärger und Verdruß, und daß darüber seine Arbeitsfreudigkeit zum Teufel geht, ist kein Wunder. Man kann wohl sagen, daß die Ursache der Amtsmüdigkeit zahlreicher Betriebsratsmitglieder weniger in dem Kampfe mit der Betriebsleitung zu suchen ist, als vielmehr in der fortwährenden Kahlbalderei mit den unverantwortlichen Kollegen und Kolleginnen. Daraus folgt, daß es eine wichtige Aufgabe der Arbeiterorganisationen ist, ihre Mitglieder endlich einmal aufzuheitern. Wieviel Arbeit auf diesem Gebiete noch zu leisten ist, braucht wohl nicht gesagt zu werden.

So berechtigt und erklärlich nun auch die Amtsmüdigkeit in den Reihen der Betriebsratsmitglieder ist, so wäre es doch ein verhängnisvoller Fehler, wollte man sie weiterwuchern lassen. Hier muß die Erziehung zur Pflicht einsetzen. Ein Mensch, der soziales Verständnis und soziales Empfinden hat, weiß, daß er verpflichtet ist, nicht nur seine Interessen, sondern auch die Interessen seiner Kollegen und Genossen zu vertreten. Er hat erkannt, daß die Welt nicht weiter kommt, wenn jeder nur seinen Vorteil sucht, und daß die Aufwärtsentwicklung der Menschheit auf dem Solidarismus, auf der Arbeit für andere, beruht, er hat gelernt, daß jeder ehrlich denkende Mensch, der es gut meint mit seinen Mitmenschen, Opfer bringen muß für die Allgemeinheit. Leider wird die Rolle des Opfers in der Menschheitsentwicklung noch zu sehr verkannt, weil die Selbstsucht wie eine Giftpflanze in jedem Herzensacker wächst. Aber wir alle müssen lernen, daß die Opferfreudigkeit, die die Unannehmlichkeiten gering schätzt, die Quelle des Aufstiegs ist.

Übertragen wir diesen Gedanken auf unser Thema, so heißt das: Die tüchtigen Leute, die sich für das Amt eines Betriebsrats eignen, müssen dieses Amt, allen Unannehmlichkeiten zum Trotz, annehmen, weil sie Pflichtmenschen sind und den festen Willen haben, für das Wohl und die Hebung ihrer Kollegen und Kolleginnen Opfer zu bringen. In diesem ehrlichen Bestreben darf sie nichts wankend machen. Sie müssen Sätzen ausharren, ohne auf eine künftige Ernte zu hoffen, sie müssen Wohlthaten erweisen, ohne auf Dank zu rechnen, sie müssen selbstlos sein, ohne Lohn und Anerkennung zu fordern. Das ist die höchste Stufe des Solidarismus und wenn sie diese erflommen haben, so können sie mit Stolz und Befriedigung sagen, daß sie ihre Pflicht getan haben. Wer dieses Bewußtsein in sich trägt, der ist glücklich, mag auch die ganze Welt ihm mit Schmutz bewerfen, der ist ein Edelmann und ein Sämann der Zukunft.

# Betriebsrätekongreß des Bergbaues

K. Der Kongreß, an dem neben den Betriebsratsdelegierten des Bergarbeiterverbandes auch die Angehörigen und die im Bergbau beteiligten übrigen freien Gewerkschaften durch Delegierte teilnahmen, tagte am 6. und 7. November in Magdeburg. Der Reichsarbeitsminister war durch Regierungsrat Tiburtius, der Reichswirtschaftsminister durch seinen Bergbaureferenten Abg. Osteroth vertreten. Otto Hue schloß in zweifelhaftem Vortrag die wirtschaftliche Lage Deutschlands ab. Hue sieht sehr trüb. Während die Siegerländer einen Kohlenüberschuß und eine Produktionssteigerung haben, die 10 Millionen Arbeiter zum Fahren zwingt, muß Deutschland die rasendsten Anstrengungen in seiner Erzeugung und in seinem Export machen, um den Reparationsforderungen der Entente zu genügen. Dabei zwingt man uns zu einer Zwangslieferung von 24 Millionen Tonnen Steinkohle, nimmt uns das Saarrevier und den wesentlichen Teil Oberschlesiens, so daß wir mitten in einer Welt des unerreichtbaren Kohlenberflusses eine drückende Kohlennot haben. Daneben heuten nationale und internationale Spekulanten und Valutafischer unsere Not in einem Maße aus, die uns die Kehle zusieht. Hue kommt zu dem Schluß, daß ohne Revision des Friedensvertrages und einer überstaatlichen Wirtschaftszusammenfassung in sozialistischem Sinne die Weltwirtschaft nicht gelunden kann, sondern unsehbar dem Abgrund entgegenrückt.

Marxistischer sprach über Aufgaben und Tätigkeit der Betriebsräte im Bergbau. Hier erst setzte die Diskussion ein, die sehr sachlich blieb. Die Kommunisten hatten vergeblich schon tagelang vorher versucht, die Geister aufzupuffeln. Ihre Versuche scheiterten aber vollständig am gesunden realen Sinn der Betriebsräte. Der frühere Führer der Opposition aus dem radikalen Essener Arbeiter lagte sich feierlich los vom Schlagwortradikalismus und erklärte unter stürmischen Beifall des Kongresses, daß die Praxis der betriebsräte-mäßig sei und daß die Zeit der Ironie und der proletarischen Selbstzerfleischung zu Ende sei. Ein Oberschlesier und ein Vertreter des Saarreviers zeigten sehr wirkungsvoll den Blick der Fremdberrschaft für die Arbeiter und führten dem Kongreß zu Gemüte, daß die deutsche Republik das klassische Land der Sozialreform sei.

In einer Entschärfung an die Regierung wandte sich der Kongreß gegen die Lebensmittelerhöhung. Weitere Beschlüsse fordern, ein neues Berggesetz zu schaffen und den äußerst reaktionär arbeitenden Oberbergämtern die Rechtsprechung in Berufsangelegenheiten zu nehmen. Der A.D.B. wurde erucht, die sozialistischen Parteien mit Entschiedenheit auf die Notwendigkeit der schleunigen Erledigung der neuen Schlichtungsordnung hinzuwirken, durch die jedoch vor allem die Schlichtungsausschüsse anders als bisher zusammengesetzt werden müßten. Ein einstimmig angenommener Protest Hues wandte sich gegen das der chauvinistischen Wölfervergebung dienende Vorgehen der Entente, die Entwicklung der friedlicher Arbeit dienenden Reichsweiss A.G. zu hindern.

Der zweite Verhandlungstag begann mit einem sachkundigen Vortrag des Gen Ingenieur Goldt über Betriebs- und Wirtschaftsdemokratie. Goldt erörterte Mittel und Wege, die Produktion günstig zu beeinflussen: Rationalisierung der sachlichen Produktionsmittel, Wichtiger aber sei die Arbeiterfrage im weiteren Sinne. Ohne die innere Einstellung des Arbeiters als Subjekt der Wirtschaft kann es keinen Ausbau und keine Gesundung geben. In Wirtschaftsdemokratie muß Arbeiter und Angestellter bewußt mitwirkender und mitbestimmender Faktor in der Erzeugung und Warenherstellung sein. Das Betriebsrätegesetz sollte die anbahnende Form sein. Dem wären die sachlichen Ränge des Betriebes sehr hinderlich. Die Regierung und die Parlamentarier müßten Besseres schaffen; die Unternehmer müßten ihre Sabotage des Gesetzes einstellen. Ferner sei die Frage der Fernschichtarbeit von entscheidender Bedeutung. Die Kautse der Betriebsräte habe sich zwar sehr gebessert, gleiche aber die intellektuelle und sachliche Überlegenheit der Unternehmerbetriebe noch lange nicht aus. Goldt forderte, daß der Betriebsrat sich nicht in den überhand nehmenden Nebenaktivitäten erschöpfe, sondern dem Kernproblem zu Werke trete. Das sei der Grund in die inneren Vorgänge des Betriebes, dessen Schlüssel die Kollektive sei. Dem Vortrag folgte eine kurz zustimmende Debatte und die Annahme einer Entschärfung, die den Ausbau des Betriebsrätegesetzes und die Schaffung von Betriebswirtschaftsräten fordert.

# Dann berätete Bismann über den Stand der Knappschlichtungsreform.

Nachdem Sichter mann (M) eine Reihe bergtechnischer Probleme besprochen hatte, sprach Umbreit vom Gewerkschaftsbund über Schlichtungsordnung und Tarifvertragsgesetz. Er gab einen Überblick über den Verdegang des Schlichtungs- und Tarifwesens und machte dann Mitteilung über die vorbereitenden Arbeiten der vom Arbeitsministerium eingesetzten Kommission, die an der Schaffung eines umfassenden Arbeitsrechtes arbeitet.

Der Kongreß war in seinem Verlauf ein erfreuliches Zeichen für die Wiederkehr der geistigen Gesundung innerhalb der Arbeitererschaft. An der Spitze ankauernden Vorstretens und gegenseitiger Anklagen stand unverkennbar strenge sachliche Kritik und ernstes Suchen der Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsrechtes zu dienen. Der Kongreß rang aus in das Gelübnis, im Rahmen der Gewerkschaften an der Befreiung der Arbeiter zu arbeiten und ihr im arbeitswirtschaftlichen Geiste zu dienen.

# Fehl und nicht oft ein juristischer Berater?

Die Frage stellen, heißt sie bejahen. Bei Tarifverhandlungen, Kollektivabkommen, Schaffung neuer Arbeitsordnungen, Verhandlungen der Schlichtungsausschüssen marschieren der Unternehmer stets mit Rechtsanwältin, selbst Geheimräten auf. Die Tätigkeit dieser Herren besteht in der Auslegung aller bestehenden Gesetze im Sinne ihres Mandatgebers, d. h. alle Forderungen der Arbeiter werden, juristisch begründet, abgelehnt.

Sollten wir nicht darauf fernauf Wir haben mit gleicher Mühe zu zahlen! Es soll kein Mißtrauen gegen das Können und die praktische Erfahrung unserer Beamten sein. Neben dem Praktiker aus der Wirtschaft, das sind doch alle, frien es im Beamten- oder im werdtätigen Arbeitsverhältnis stehende Kollegen, darf der juristische Berater bei wichtigen Verhandlungen als fehlen. Denken wir bei Beurteilung dieser Frage an die bestehenden und noch in Aussicht gestellten Gesetze, wie Schlichtungsordnung, Regelung der Arbeitszeit, Rechtsfähigkeit der Berufsorganisationen usw.

Die Tätigkeit des beglückwünschten einmal auf Probe anzuhaltenden Juristen soll mit den schon angeführten Aufgaben nicht erschöpft sein. Wir gewöhnen an unsere Mitglieder Rechtschuh, haben dafür hohe Beträge zu leisten. Diese Aufgaben könnten von diesen Juristen mit erledigt werden.

Es soll nun nicht gesagt sein, daß die Anstellung von Juristen das Mittel im Kampfe gegen das Kapital sei, sie kann nur als eine aus der Praxis notwendig gewordenen Maßnahme im gewerkschaftlichen Kampfe betrachtet werden.

# Folgen Konsumgenossenschaftlicher Zersplitterung.

In Anfang des Jahres 1919 wurde in Thüringen eine Einkaufsvereinigung des Reichsbundes der Berufsbeamteten gegründet, nachdem man die Maßnahmen des dort seit 3 Jahren bestehenden Konsumvereins zu einzellichem genossenschaftlichem Tun umgehört gelassen hatte. Das Sekretariat und die Verwaltung des Konsumvereins erhoben damals ihre warnende Stimmen vergebend. Die genannte Einkaufsvereinigung erhobte nach und nach fünf Vertretungsgesellen im Thüringer Wirtschaftsgebiete. Was den Zustand angeht, so ist nun eingetroffen. Die Generalversammlung der Einkaufsvereinigung, die im Oktober d. J. stattfand, beschloß die Liquidation. Man sieht hieraus wieder, daß in der heutigen ersten Zeit Experimente nicht am Platze sind. Jede Zersplitterung der Berufsorganisation schädigt die große Masse der Beamteten.

# Systematische Sozialisierung

Es fehlt an zusammenfassenden Darstellungen über die Sozialisierung und ihre Durchführung. Nun liegt eine kräftige, klar gehaltene Übersicht von Heinrich Ströbel vor. Ihm geht es darum, den Gedanken festzuhalten und auszugestalten, daß die Sozialisierung eine Umgestaltung der ganzen Wirtschaftsordnung sei und daher auf Grund eines einheitlichen Planes unternommen werden müsse. Er gibt ohne Rücksicht auf, daß viel, allzuviel bisher verfaßt wurde, vor allem auch deshalb, weil die Einsicht, wie man sozialisieren könne, unentwidelt ist. Dabei ist Ströbel offensichtlich bemüht, überscharfe Angriffe soweit zu dämpfen, daß er Genossen, die noch einigermaßen dieser Gedankenrichtung zuneigen, für sie wesentlich in Anspruch nimmt. Es will uns scheinen, daß solche Wüter, wie das Ströbels, die zur Selbstbefreiung auffordern, die beste Grundlage für Eintigungsbestrebungen sind. Keine der sozialistischen Parteien hat es nötig, die anderen vor dem Richterstuhl des Sozialismus. Ströbel schließt sich denen an, die ganz im Sinne des älteren Marxismus die utopischen Versuche eines Owen, eines Cabot, eines Fourier verwerfen, weil der Wille nicht genüge, die Welt umzugestalten, und statt dessen sich auf die geschichtlich gegebenen Kräfte stützen wollen, aber zu diesen Kräften auch die Gestaltung nach einem Plan rechnen. Damit wird Ströbel ein Gegner des Fatalismus, der davon ausgeht, die Geschichte werde dem Sozialismus schon verwirklichen, wenn es Zeit sei, als ob unser eigenes Tun nicht mit dazugehören würde. Die Furcht dieses Fatalismus können wir zur Genüge: Untätigkeit oder Tollfährigkeit. Die eine Frucht wurde vor allem in Deutschland, die andere vor allem in Rußland geerntet. Wir müssen Ströbel ganz zustimmen, wenn er die Forderung aufstellt, auf Grund der geschichtlich gegebenen Tendenzen unter Zugrundelegung eines Wirtschaftsplanes die sozialistische Ordnung zu verwirklichen. Bei der Ableitung der Sozialisierungsnotwendigkeit verweist man etwas die Erörterung des Krisenproblems, das gerade bei Marx im Vordergrund steht. Ströbel hebt vor allem die Kraftvergeudung, die unzulängliche Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Ordnung hervor. Den Rufen wirft Ströbel mit allem Nachdruck vor, daß sie planlos vorgegangen seien, planlos, als es durch die Verhältnisse bedingt war. Dies kann man noch unterstreichen. Die Rufen haben den Wirtschaftsplan zunächst nicht einmal als Ziel gehabt. Trotz aller, vielleicht durch die Revolution unvermeidlichen Dezentralisation hätte mindestens gedanklich die Planmäßigkeit sofort einsetzen müssen. Aber Lenin und viele andere Rufen hatten das Vertrauen zur Revolution, sie werde aus sich selbst alles Notwendige erzeugen. So kam es, daß erst im Herbst 1920 an einen wirklichen Wirtschaftsplan gedacht wurde, und daß er bis heute fehlt. Viele Unsicherheit im grundsätzlichen Verhalten dürfte damit zusammenhängen. Wenn auch gegeben werden muß, daß ein großer Teil der Leiden Rußlands durch Krieg und Umwälzung bedingt sind, ein Teil fällt auch auf die ungenügende intellektuelle Vorbereitung. Parteiführer finden dabei Ströbel gegen den Bolschewismus, aber er klagt auch die unter unseren Genossen an, die der umfassenden Idee der Rufen nicht ähnlich entgegenzusetzen: Die erschreckende Ideenlosigkeit der deutschen Politik, die bis tief in die Kreise des Sozialismus geht, nicht zu arg von den kolossalen Entwürfen der Bolschewisten ab, als daß nicht auch kluge, logische Köpfe dem Allzuviel vor dem Allzuwenig den Vorzug geben sollten. Deshalb wird auch die politische und geistige Überwindung des Bolschewismus und Sozialkommunismus nicht der lahmen parlamentarischen Routine und dem Grundgesetz des kapitalistischen Gesellschaftens gelingen, sondern nur einer sozialistischen Politik, die gleiches Verständnis für die Seelenbeschaffenheit der Vorwärtsdrängenden, wie für die nicht hinwegzuführenden Wirtschaftszustände hat. Wenn wir den unwissenschaftlichen Utopismus, das wüste Drauflosgehen verwerfen, das zu oft besorglichen Rückschlüssen führt, müssen wir von vornherein die Gestaltung der sozialistischen Ordnung durch die Gewerkschaftsgruppen, die Betriebsräteorganisationen und die sonstigen organisierten sozialistischen Kräfte vorbereiten. Dazu gibt Ströbel keine feistliche und geistige Anregung.

Von großem Wert ist es für jeden Leser, daß er durch Ströbel einen recht guten Überblick über verschiedene Sozialisierungsversuche und Sozialisierungsprogramme bekommt. Immer wieder sieht man, wie sich planmäßige, umfassende Arbeit von stoffweiser Bereingelt, aber zwar umfassender aber planlos unterteilt. Ströbel weist darauf hin, daß das Randera, soweit die Wirtschaftsorganisation in Frage kam, nicht auf eine der sozialdemokratischen Parteien beschränkt war, sondern von Ebert und Hueber bis zum Hilferding und Eisner reichte. Der Fall Eisner liegt besonders bemerkenswert. Ein so überzeugter Sozialist, der für die Sozialdemokratie große Opfer aller Art gebracht hatte, preislos revolutionäre Energie und politischen Blick besaß, brachte es aber nicht, die Sozialisierungsmaßnahmen Bayerns einen

Gegner, Lujo Brentano, anzuvertrauen. Die Kritik der verschiedenen Sozialisierungspläne (Wissell, Horten, Kohlensozialisierung, Ungarn, Rußland usw.) ist im einzelnen nicht so einbringend, wie man es nach den allgemeinen Ausführungen erwarten sollte. Auch der Ausblick auf die weitere Arbeit ist matten. Aber das ganze Buch ist von einem so ernsthaften Streben nach sozialistischer Tat erfüllt, daß man es jedem Funktionär, jedem Betriebsrat, jedem Arbeiter, der sich ernstlich mit sozialistischen Fragen beschäftigt, empfehlen kann. Und jeder sollte die Worte Ströbels beherzigen, der sich immer wieder, bei aller logischen Schärfe, an das sozialistische Gewissen wendet: „Was uns nützt, ist weniger Routine, weniger Fatalismus; mehr Initiative, mehr Glauben an sich und an die Sache.“

# Mehr Wissen!

Die Errichtung der Frankfurter Arbeiterakademie ist von allen einsichtigen Kollegen freudig begrüßt worden. Muß auch der Kreis ihrer Zuhörer aus nächstliegenden Gründen beschränkt bleiben, so wird doch allgemein aus ihr ein Stab geschulter Kräfte hervorgehen, der für die gewerkschaftliche Auffklärung von hohem Werte sein kann. Auch die von unserm Hauptvorstand eingerichteten Wanderturse sind, wenn auch kein vollwertiger Erfolg, so immerhin doch eine Kenntnisquelle für einen Teil der Kollegenschaft.

Zu lange ist Wilhelm Diebstehts Wort: Wissen ist Macht! ungenügend beachtet worden. Denn Tatsache ist, daß der Arbeiterkampf im allgemeinen die elementarsten Begriffe der Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Arbeiterrecht mangelt. Dieser Mangel an volkswirtschaftlichen Kenntnissen auf der einen, verbunden mit der Überfüllung der ungeschulten Massen mit Schlagwörtern und Phrasen durch oberhand politische Parteien sind im wesentlichen mit in Rechnung zu ziehen bei der Beurteilung der heftigen inneren Erschütterungen der Gewerkschaften. Es soll hier nicht dem Stillstand, der Beibehaltung veralteter, überholter gewerkschaftlicher Formeln und taktischer Gepflogenheiten das Wort geredet werden. Im Gegenteil!

Durch die fortschreitende Konzentration des Kapitals werden auch die Gewerkschaften vor immer gewaltigeren Aufgaben gestellt. Diese sich ständig erweiternden Aufgaben zwingen die Gewerkschaften, eine Umstellung der gewerkschaftlichen Kampfsmittel vorzunehmen. Diese Umstellung bedingt aber eine Umschulung der Gewerkschaftler in dem Sinne, ihnen eine bessere Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge zu vermitteln. Manche Auseinandersetzungen der letzten Jahre, manche Fusion mit nachfolgender Enttäuschung hätten die Kollegen, besonders die nach dem Kriege zu uns Gehörten, sich selbst und der Organisation ersparen können, wenn der Einblick in die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die Kenntnis der Arbeiterbewegung mehr Gemeingut der Kollegen gewesen wären. Aus der Schopenhauer-Philosophie läßt sich nun einmal keine Nutzenwendung ziehen.

Es ist eine unbefristete Tatsache, daß sich das weltliche Interesse der geschulten und ausgebildeten Arbeiterschaft stark verschoben hat. Standen vor dem Kriege naturwissenschaftliche Schriften im Vordergrund, so läßt sich jetzt behaupten, daß ein Umüberwechseln in das Gebiet der Nationalökonomie erfolgt ist. Das ist aus politischen Gründen leicht begrifflich. Die beispiellose Wertminderung des Kapitals einerseits, andererseits die ständig fortschreitende, durch keine Lohnherabsetzungen aufzuhaltende Verelendung des Proletariats zwingt dieses dazu, sich nach Möglichkeiten umzusehen, um aus einem Objekt zu einem Subjekt im Produktionsprozeß zu werden, kurz, um mittelbar in den Wirtschaftsprozess zu wirken. Aus diesem Bestreben ist auch der mit aller Schärfe geführte Kampf des Unternehmertums gegen das Betriebsrätegesetz zu erklären. Scheut sich doch das Unternehmertum nicht, die Betriebsräte auf jede mögliche Weise zu schwächen und jede Gelegenheit zu ergreifen, um, oft sogar gegen die ausdrücklichen Bestimmungen des Gesetzes, ihm unangenehm, d. h. für die Arbeiterschaft schädliche Betriebsräte los zu werden.

Wird so von dem Kapital alles getan, um jede Möglichkeit der Weiterbildung der Arbeiterschaft zu sabotieren, so ist es doppelt zu begrüßen, wenn von der Organisation alles versucht und getan wird, diese Lücken auszufüllen. Darum ist es nur zu begrüßen, wenn jetzt überall Kurse zu einer besseren Schulung der Arbeiterschaft eingerichtet werden. Nur einen Mangel weisen die Kurse oft auf, und zwar, daß in vielen Fällen auf bürgerliche Kräfte bei der Belehrung zurückgegriffen werden muß. Deshalb müssen unsere Kollegen sich aufpassen, um als Hörer die Exen vom Kapital zu unterscheiden. Die Absicht unseres Hauptvorstandes, die Volkswirtschaftlichen Blätter den aktiven Kollegen als Material zu überweisen, müßte eine Ausdehnung dahin erfahren, daß diese Blätter allen für dafür interessierten Kollegen zugänglich gemacht würden. Einzelfragen der Wichtigkeit, wie die Entwicklung der großkapitalistischen Kongerne, ihre Begleiterscheinungen und Tendenzen, werden am zweckmäßigsten in langer, knapper und allgemeinverständlicher Sprache geschrieben, den Kollegen übermittelt. Es ist dieses, wenn auch nicht der, so doch ein Weg, um das Wissen der Kollegen zu bereichern und manchen einen an sich guten Kollegen von einer törichten, mit der harten Wirklichkeit auf dem Kriegsfuß stehenden Illusion zu befreien.

# Internationales Arbeitsamt

## Seine Aufgabe und bisherige Tätigkeit

Das schwierigste Problem, das bei der Gründung des Internationalen Arbeitsamtes zu überwinden war, bestand darin, internationale Beziehungen mit dem Prinzip der Staatensouveränität vereinbar zu machen, denn die letztere sollte unter allen Umständen gewahrt bleiben. Deshalb konnte dem Internationalen Arbeitsamt der Recht nicht zugestanden werden, verbindliche Anordnungen in Bezug auf den Arbeiterschutz zu treffen. Seine Aufgabe besteht vielmehr in der Anbahnung internationaler Übereinkommen, deren Annahme oder Ablehnung den Staaten freigestellt ist. Die Aufstellung solcher Übereinkommen obliegt der jährlich mindestens einmal tagenden Arbeiterschutzkonferenz, die aus Vertretern der Regierungen sowie der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen aller Mitgliedsstaaten besteht. Entwurf internationaler Verträge können nur mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen der auf der Versammlung anwesenden Staaten beschlossen werden. Erhält ein Vertragsentwurf aber eine solche Mehrheit, so ist auch anzunehmen, daß er schließlich von der Mehrheit der Mitgliedsstaaten vollzogen wird.

Das ausführende Organ der Arbeitsorganisation des Völkerbundes ist das Internationale Arbeitsamt, dem folgende Aufgaben zugewiesen sind: Sammlung und Weitergabe von Materialien, welche auf die internationale Regelung der Arbeitverhältnisse Bezug haben; Vorbereitung der Verhandlungen der internationalen Arbeiterschutzkonferenzen; Durchführung von Untersuchungen, welche diese Konferenzen anordnen; Entgegennahme der Berichte der Mitgliedsstaaten über die Maßnahmen zur Durchführung internationaler Übereinkommen, betreffend das Arbeitsrecht, sowie Behandeln von Beschwerden über Nichterhaltung solcher Übereinkommen; Herausgabe einer Zeitschrift über wirtschaftliche und sozialpolitische Fragen.

Dem Internationalen Arbeitsamt steht ein Verwaltungsausschuß von 24 Mitgliedern vor, von denen zwölf Regierungsvertreter und sechs Arbeiter- und Unternehmervertreter sind. Diese Körperschaft legt die allgemeinen Richtlinien für die Arbeiten des Amtes fest, ernennt den Direktor und seinen Stellvertreter und beauftragt sie mit den Aufgaben, welche die Zeit erfordert. Dem Direktor fällt die Leitung der Personals zu und er ist allein für die Tätigkeit des Amtes verantwortlich. Gegenüber dem Völkerbund ist das Internationale Arbeitsamt durchaus selbstverwaltend; es besteht kein Abhängigkeitsverhältnis sondern beide Einrichtungen ergänzen sich gegenseitig. Dem Generalsekretär des Völkerbundes steht bei der Durchführung der Beschäftigung der Arbeiterschutzkonferenzen eine gewisse Mitwirkung zu und das Arbeitsamt kann seinerseits wieder die Unterstützung des Generalsekretärs des Völkerbundes in Anspruch nehmen; diesem obliegt auch die Einlegung von Untersuchungsausschüssen bei Streitigkeiten der Mitgliedsstaaten über die Durchführung internationaler Arbeiterschutzmaßnahmen, und der ständige internationale Gerichtshof des Völkerbundes hat in solchen Streitfällen die endgültige Entscheidung.

Die praktische Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes begann schon, als kaum ein Jahr nach dem Abschluß des Völkerbundes verstrichen war. Die erste internationale Arbeiterschutzkonferenz, die im Herbst 1919 in der amerikanischen Bundeshauptstadt tagte, beschloß sechs internationale Übereinkommen, welche den Regierungen der Mitgliedsstaaten zur Ratifikation vorgelegt wurden, die im Verlauf von längstens 18 Monaten zu vollziehen gewesen wäre. Die veränderten Verhältnisse, die fast überall nach dem Kriege herrschten, dann die vielen anderen zu lösenden Aufgaben der Staaten verdrängten jedoch die jenseits der ersten Arbeiterschutzkonferenz bis jetzt im beschränkten Umfang, wie man erwartet hatte, tatsächlich vollzogen wurden. Da ist jedoch kein Grund zu der Annahme, daß die Schaffung des Internationalen Arbeitsamtes ein Fehlschlag wäre. Beträchtigt man die Vorarbeiten der letzten Jahre bezüglich hinsichtlich der Zeitplanung, in der eine wirksame internationale Arbeiterschutzgesetzgebung durchgeführt werden kann. Der verhältnismäßig langsame Fortschritt des Völkerbundes hat die verschiedenen Sozialpolitiker auf der Förderung veranlaßt, das Arbeitsamt des Völkerbundes solle weniger auf einmal zu erreichen suchen, es sei nicht notwendig, daß es alljährlich Tagungen abhalte und neue Beschlüsse fasse. Diejenigen, welche diese Meinung vertreten, verfehlten aber, daß die Arbeiterschaft selbst darauf bestehen muß, auch in der sozialpolitisch rückständigen Ländern der Arbeiterschutz möglichst zu betreiben. Überdies ist es durchaus notwendig, daß das Internationale Arbeitsamt und seine Stelle stets im Vordergrund des öffentlichen Interesses bleiben, was nicht der Fall sein würde, wenn nur alle paar Jahre einmal die Arbeiterschutzkonferenz tagt und von den vielen dringenden Fragen der Sozialpolitik jeweils nur eins oder bis andere zur Verhandlung gestellt wird und alle übrigen außer Betracht bleiben.

Die sechs Entwürfe internationaler Übereinkommen, welche die erste Arbeiterschutzkonferenz beschloß, betreffen die Festlegung der Arbeitszeit in gewerblichen Betrieben auf 8 Stunden täglich von 48 Stunden wöchentlich, die Arbeitslosigkeit, die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft, die Nacharbeit der Frauen, das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit und die gewerbliche Nacharbeit der Jugendlichen. Außerdem wurden sechs Vorschläge für die Festlegung der Einzelstaaten angenommen, und zwar über folgende Gegenstände: Die öffentliche Arbeitsvermittlung, die Behandlung ausländischer Arbeiter, die Verhütung des Mißbrauches, den Schutz der Frauen und Jugendlichen vor Bleivergiftung, den öffentlichen Gesundheitsmaßnahmen, das Berner Abkommen über die Verwendung von weißem (gelbem) Phosphor in der Glühbirnenindustrie.

Die zweite internationale Arbeiterschutzkonferenz (1920) nahm Vorschläge betreffend den Schutz der seefahrenden Arbeiter an und die dritte, die jüngst stattgefunden, hat sich hauptsächlich mit dem Landarbeiterschutz, den gewerblichen Vergiftungen sowie mit der internationalen Einführung einer wöchentlichen Mindestruhezeit beschäftigt.

Heinrich Ströbel. Die Sozialisierung. Ihre Wege und ihre Voraussetzungen. Der Frau. Verlag Berlin 1921.

# Büchermarkt

**Leitfaden zum Studium der Wirtschaftsgeschichte.** Von L. Engel. Verlag von Schöde & Co., Stuttgart. Preis 3 A.

Ein Leitfaden, der durch das vielverehrte Gebiet der Wirtschaftsgeschichte führt. Und für Arbeiter ist er kein, also für Leute, die wenig Freizeit und nur Selbstbildung haben. Seine eine Eigenschaft ist, die unsere schnell wechselnde Gegenwart mit erfasst, was, wie man gesehen muß, keineswegs leicht erweist. Und doch es an solchen Schriften gefehlt hätte. Wenn sie dann für den Studenten herabsieht, für den Mann mit Hochbildung und Kopf, wodurch der Arbeiter in der Regel nicht berührt. Nun will der Verfasser des neuesten Leitfadens, unser Kollege Engel, der den Lesern der M. Z. ein unbekanntes ist, die „langt erwartete“ Ausgabe des Leitfadens. Das ist eine edle Sache, die wir dem Verfasser dankbar entgegennehmen. Denn die Durchsicht nach auf eine Reihe geistlicher, die auch jetzt, bei dem Gange der Welt, die Wissenschaften nach ihm in einer einfachen, klaren, klaren, klaren Sprache übermitteln werden, eine Notwendigkeit, die übersehene Menschen nur zu oft nicht beherzigen.

Der Leitfaden, wie wir hatten nicht gefürchtete Zweifel, daß es Kollege Engel gelungen sei, die „langt erwartete“ Ausgabe in Schriftform der Arbeiterschaft auch wirklich zugänglich zu machen. Dabei ist dem Verfasser, als wir mit dem Leiter der Zeitschrift, schonanden die Zweifel. Wir glauben, daß auf dem Wege der Herausgabe für die Wirtschaftsgeschichte gegeben werden kann, hat Engel in trefflicher Weise getan. Es ist erwartend, welche Menge von Lesern und Vorlesern die auf dem Wege der Herausgabe ist. Es wird die primäre Wichtigkeit, das Wirtschaftliche im Mittelalter, die Entwicklung des Wirtschaftlichen bis zu seiner kapitalistischen Höhe und schließlich die wirtschaftlichen Organisationen in planmäßiger und bezugslos. Freilich kann auf jeder eigenen Raum nur ein allgemeines Überblick, das ein

Alles waschaft Gute im Staate muß errungen und von vielen begehrt werden, seltener läßt es sich so wenig als aufdrängen; Opfer müssen es erkaufen, damit man es habe.

Was ist Patriotismus? Eine Verheißung von Selbstliebe und Vorurteilen, aus der das Interesse der Gesellschaft eine gewaltige Tugend wächst.

Steh' nicht und gaff — schaff!

Bestimmungen mit dem Stoff, ein Ansporn zum Weiter- und Weitergehen auf dem so jeztelnden Gebiet der Wirtschaftsgeschichte gegeben werden. Das Weitergehen wird durch die Literaturverzeichnisse erleichtert.

Unter den Vorzügen des Schriftstellers verschwinden seine Mängel, die wohl vor durch die Beschränkung des Umfangs entstanden sein müssen. So mag einem raschen erscheinen, der Entfaltung der Patrier, die ohne unmerklich aufzuweisen, etwas mehr Raum zu spenden. Auch die Genauigkeit des Heranwachsenden der amerikanischen Kräfte verdient eine etwas eingehendere Würdigung. Dann wäre zu erwägen, ob nicht auch die Städte Antwerpen, anstatt sie den Niederländern zuzuteilen, bei Belgien gelassen werden sollte. Diese Mängel und noch einige andere sind, wie gesagt, Kleinigkeiten, die den Wert der Schrift nicht beeinträchtigen und die leicht abgestellt werden können in der zweiten Auflage, die, wie die Vorgängiger des Inhalts erwarten läßt, sehr bald notwendig werden wird, zumal der geringe Preis, der sich bei Partienbezugs nach verringert, die Anschaffung jedem Arbeiter leicht möglich macht.

Der Verlag J. F. Neff, G. m. b. H., Stuttgart, Hauptstraße 12, hat in diesem Jahre eine Reihe von Neuauflagen aus dem Verlage des Sozialismus erscheinen lassen. Gerade unsere Zeitgeist bringt danach, die Werte unserer Wissenschaft unter die Massen zu bringen. Wir sehen am entscheidenden Wendepunkt einer geschichtlichen Epoche, die von der Arbeiterschaft ein gewaltiges Maß von Wissen und Erkenntnis fordert, und für ihre historischen Mission gerichtet werden. Für Tausende und Abertausende wird es Pflicht, sich in die Reihe unserer Kampfkämpfer zu begeben, um aus ihnen neue Kräfte zu schaffen. Es erhebt in den Reihen der Wirtschaftlichen die Aufgabe, das Wissen des Sozialismus und der Arbeiterbewegung zu verbreiten. Preis des kompletten Werkes gebunden 100 A. in Halbleinen gebunden 125 A. 1. Band, erster Abschnitt (1844 bis 1849): Die ersten Jahre des Sozialismus. — Zweiter Abschnitt (1850 bis 1855): Das Londoner Exil bis zur Auflösung des Kommunistenbundes. 2. Band, Dritter Abschnitt (1854 bis 1860): Strömung. — Geschäftsliste von 1857.

— New York Tribune. — Italienischer Krieg. 3. Band. Vierte Abchnitt (1861 bis 1867): Der amerikanische Bürgerkrieg. — Die Libérale Ära. — Schiedsgericht. — Dreißig-Jahre-Österreichischer Krieg. — Cassanische Bewegung. — Norddeutscher Reichstag. — Das Kapital. 4. Band. Fünftes Abchnitt (1863 bis 1883): Die Parteientwicklung in Deutschland. — Düring. — Der Deutsche Freisinnige Krieg. — Engels Übersetzung nach London 1870. — Marx' Krankheit und Tod. — Register.

Erweitert ist erschienen: Theorien über den Mehrwert. Aus den nachgelassenen Manuskripten. Zur Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. 4. Auflage. Komplette in vier Bänden. Preis geb. 80 A. 1. Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. XX und 430 Seiten Oktav. Band 2 der Internationalen Bibliothek. 2. Band: Der Kapitalismus. 2. Band. Fünftes Abchnitt (1863 bis 1883): Die Parteientwicklung in Deutschland. — Düring. — Der Deutsche Freisinnige Krieg. — Engels Übersetzung nach London 1870. — Marx' Krankheit und Tod. — Register.

Erweitert ist erschienen: Theorien über den Mehrwert. Aus den nachgelassenen Manuskripten. Zur Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. 4. Auflage. Komplette in vier Bänden. Preis geb. 80 A. 1. Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. XX und 430 Seiten Oktav. Band 2 der Internationalen Bibliothek. 2. Band: Der Kapitalismus. 2. Band. Fünftes Abchnitt (1863 bis 1883): Die Parteientwicklung in Deutschland. — Düring. — Der Deutsche Freisinnige Krieg. — Engels Übersetzung nach London 1870. — Marx' Krankheit und Tod. — Register.

Erweitert ist erschienen: Theorien über den Mehrwert. Aus den nachgelassenen Manuskripten. Zur Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. 4. Auflage. Komplette in vier Bänden. Preis geb. 80 A. 1. Band: Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. XX und 430 Seiten Oktav. Band 2 der Internationalen Bibliothek. 2. Band: Der Kapitalismus. 2. Band. Fünftes Abchnitt (1863 bis 1883): Die Parteientwicklung in Deutschland. — Düring. — Der Deutsche Freisinnige Krieg. — Engels Übersetzung nach London 1870. — Marx' Krankheit und Tod. — Register.

Heilfürsorge der Versicherungsanstalten

In der letzten Zeit waren die Versicherungsanstalten tatsächlich in einer schwierigen Lage. Dieser Mangel ist zu einem Teil hervorgerufen durch das Ausbrechen der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, durch die erhöhten Kosten der Heilverfahren und vermehrte Aufwendungen für Verwaltungskosten, zum andern durch die Zulagen zu den laufenden Reuten, welche nicht gleichzeitig die Deckung verschaffen war. Die im vergangenen Jahre erfolgte Erhöhung der Beiträge war zu unwesentlich, so daß sich die Träger der Invalidenversicherung gezwungen sahen, eine Einschränkung der vorübergehenden Heilverfahren einleiten zu lassen.

Durch das neue Gesetz über die anderweitige Festsetzung der Beiträge und Bestimmungen in der Invalidenversicherung, welches ab 1. Oktober d. J. eine enorme Erhöhung der Beiträge vorsieht, werden die Versicherungsanstalten hinsichtlich in die Lage versetzt, eine wesentliche Ausdehnung bezüglich der vorübergehenden Heilverfahren einleiten zu lassen. Der Gewinn für den einzelnen Versicherten sowohl wie für die Gesamtheit wird in dem Maße größer sein, je besser es gelingt, die durch das neue Gesetz zur Verfügung stehenden Mittel rechtzeitig in den größtmöglichen Erfolg versprechenden Weise zu verwenden. Abgesehen davon, daß die Auswirkungen des neuen Gesetzes bezüglich der Alterszahlung erst nach Jahren in Erscheinung treten, müßte der Schwerpunkt der Invalidenversicherung nicht in der Zahlung der an sich unzulänglichen Renten, sondern in der vorbeugenden Tätigkeit, der Heilverfahren, liegen. Um aber in diesem Sinne die größtmöglichen Erfolge zu erzielen, ist ein enges Zusammenarbeiten der Träger der Kranken- und Invalidenversicherung erforderlich.

Da die Übernahme der vorbeugenden Heilverfahren nicht zu den Pflichtenstellungen, sondern den freiwilligen, ganz im Erweisen der Versicherungsträger liegenden Leistungen gehört, so ist es verständlich, wenn die Versicherungsanstalten das Heilverfahren nur dann einleiten, wenn nach der Überzeugung des Arztes infolge der Krankheit Invalidität droht. Andererseits muß aber auch begründete Aussicht auf Erfolg in dem Sinne vorhanden sein, daß die Arbeitsfähigkeit dauernd oder doch mindestens für mehrere Jahre erhalten wird, oder durch das Heilverfahren die Erwerbsfähigkeit von Rentenempfängern wieder hergestellt wird.

Die Frage läßt sich nicht nicht vermeiden, nur müßten die Träger der Invalidenversicherung bei einem eventuellen Umbau der Heilverfahrensordnung verpflichtet werden, in den Fällen, wo nach der Überzeugung des Vertrauensarztes ein Eingreifen geboten erscheint, das Heilverfahren auch einzuleiten. Es ist leichter und besser, Krankheiten zu verhindern, als solche zu heilen. Diese alte Wahrheit gilt auch in bezug auf die vorbeugenden Maßnahmen der Invalidenversicherung.

Bei der Einleitung des Heilverfahrens ist maßgebend, daß es sich um Krankheitsfälle handelt, die noch zu heilen sind, wo das Heilverfahren Aussicht auf Erhaltung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit bietet. Zu diesen heilbaren Krankheitsfällen gehören in erster Linie die Lungentuberkulose im Anfangsstadium, Rheumatismus, Nervenkrankheiten nicht von schwerer Art, Entzündung, Muskeln, leichte Magen- und Merenkrankheiten, leichte Herzkrankheiten, Allergien, Lungen- und andere Hautkrankheiten, Geschlechtskrankheiten und solche Leiden, die nur durch größere Operationen zu heilen sind.

Dagegen kommen - wenn sie keinen dauernden oder längeren Erfolg versprechen - nicht in Frage zur Einleitung eines Heilverfahrens: Epilepsie, Nierstenkrankheit, Krebs, schwere organische Erkrankungen des Nervensystems (Mückenmarkschädigung), Mückenmarksentzündung, Geschwülste des Gehirns, des Rückenmarks, folgeschwere Schlaganfälle, chronische Blasen- und Merenleiden, schwere Herzkrankheiten, Erkrankungen der Arterien des Herzens und allgemeine Blutgefäßverengungen, erhebliches Lungenschwäche und Lungentuberkulose im vorgeschrittenen Stadium.

Der Kranke muß sich aber auch körperlich für das Heilverfahren eignen. Da das Heilverfahren in der Regel das Zusammenwirken mehrerer Verfahren bedingt, können Personen nicht in Anspruch genommen werden, welche ein derartiges Zusammenleben können oder erschweren würden. Hierzu gehören solche Personen, die an akuter oder chronischer Leiden, dann aber auch solche mit einem Vorleben, daß man unbescholtene Versicherten nicht annehmen kann, mit ihnen zu verkehren. Gerade bei Lungentuberkulose ist es dringend notwendig, daß das Heilverfahren möglichst frühzeitig beantragt wird, denn je eher ein solches begonnen wird, desto größer ist die Aussicht auf Erfolg. Es sollte damit nicht gewartet werden, bis die geschliche Unterstützungsbauer der Krankenkasse ihr Ende erreicht hat oder bis die bessere Jahreszeit kommt. Es ist erwiesen, daß die Winterkuren genau die guten Erfolge gezeigt haben: wie die Sommerkuren, ist doch bis zum Winter seiner wie im Sommer. Für die sogenannten Wiederholungskuren kommen ja auch grundsätzlich nur die Monate von November bis April in Frage. Beim Vorliegen von Schwangerschaft über den dritten Monat hinaus wird die Einweisung der Lungentuberkulose in eine Lungentheilstätte bis nach der Niederkunft ausgesetzt. Wird das Heilverfahren übernommen, so erhält der Kranke je nach Umständen, Begleitkosten, Reisekosten und die Mittelung, zu welchem Zeitpunkt er sich nach der Heilstätte zu begeben hat, von der Stelle aus, welche den Antrag aufgenommen hat. Sollte der Kranke nicht in der Lage sein, an dem bestimmten Tage anzutreffen, so muß er dies ungesäumt der Heilstätte unter Angabe der Gründe mitteilen. Sehr innerhalb einer Woche nach dem zuerst bestimmten Termin keine Mitteilung bei der Heilstätte ein, so wird angenommen, daß der Kranke auf die Durchführung der Kur verzichtet. Eine Kur auf Kosten der Versicherungsanstalt kommt dann nicht mehr in Betracht.

Für die Durchführung des Heilverfahrens trägt die Versicherungsanstalt sämtliche Kosten. Dabin gehören die Kosten für Kur, Medikamente, Unterbringung, die Hin- und Rückreise, jedoch nicht die Kosten für Gepäckbeförderung. Kosten für Reisebegleiter und Führer werden nur dann übernommen, wenn die Versicherungsanstalt

die Annahme vorher angeordnet oder genehmigt hat. Die Beschaffung und Unterhaltung der Kleidung und Wäsche für die Dauer der Heilbehandlung ist Sache des Kranken. Kann sich der Kranke die benötigte Kleidung und Wäsche nicht selbst beschaffen, so muß die Armenverwaltung helfen eingreifen, da die Versicherungsanstalt die Kosten hierfür grundsätzlich nicht übernimmt. Wenn die Versicherungsanstalt das Heilverfahren bei einem Versicherten übernimmt, so ist sie auch verpflichtet, für die Dauer des Heilverfahrens, auch nach Ablauf der Krankheitsdauer, denjenigen Angehörigen des Erkrankten, deren Unterhalt dieser ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, ein Hausgeld zu zahlen. Dieses ist zum mindesten in der Höhe zu zahlen, wie es die Krankenkasse, welcher der Versicherte angehört, fahungsgemäß auszahlt. Da dieses Hausgeld erfahrungsgemäß nicht ausreicht, so sind die Versicherungsanstalten ermächtigt, es in gewissen Fällen, d. h. nach der Anzahl der von dem Erkrankten unterhaltenen erwerbsunfähigen Angehörigen zu bemessen. Nach § 182 Abs. 2 der RVO. kann das Hausgeld bis zu 75 Prozent des Krankentaggeldes bemessen werden, die Versicherungsanstalt Rheinprovinz geht sogar bis zu 100 Prozent des Krankentaggeldes. Freilich müssen bei dieser Bemessung des Hausgeldes bis zur vollen Höhe des Grundlohnes schon neun und mehr Personen zu versorgen gewesen sein. Erkrankte Familienmitglieder, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, erhalten das ihnen nach der Sargung der Klasse zustehende Tagchengeld. Ebbinghaus.

Braupapital und Volksbetrug

Dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst ist vor kurzem ein Geheimbericht über eine am 14. Oktober d. J. im Hotel Adlon zu Berlin stattgefundene Sitzung des großen Ausschusses des Deutschen Brauerbundes\* zugeflogen. Nach diesem Bericht ist das Braupapital dabei, unter bewußter Täuschung eine große Propaganda für das Bier einzuleiten. Folgende Auszüge aus Reden, die auf jener Tagung im trauten Kreise gehalten wurden, beweisen, daß tatsächlich bewußte Täuschung betrieben wird: "Wir dürfen nicht sagen, gegen die Abstinenz ankämpfen zu wollen, sondern wir müssen das Publikum glauben machen, daß wir nur gegen die Ausschüsse der Abstinenz ankämpfen. Selbstverständlich müssen wir mit aller Vorsicht zu Werke gehen, damit keine Verdächtigungen in unsere Reihen einschleichen. Wir haben Interesse daran, daß Leute im Verbanne sind, die zuverlässig sind. (Eine Art Arbeitsgemeinschaft zwischen Braupapital, Presse, Ärzten usw.) Unsere Statuten sind so gefaßt, daß wir den Brauerinteressen im voraus ein Übergewicht gewähren..."

Die Täuschungsabsicht wird besonders deutlich durch die Art, wie die Presse einzusetzen und zu bestechen sei. Wie diese Absicht vorwirkt werden soll, geht aus folgender Stelle des Geheimprotokolls hervor: "Der indirekte Verkehr mit der Presse, Interessierung der Presse für die Probleme aller Fragen, die mit der Brauproduktion irgendwie zusammenhängen, und zwar so, daß ihr der Mantel der Wissenschaft umgehängt wird, also geschickte Verkleidung. Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir Zeit und Geld. Ein Artikel, der eine Preisbestimmte eines Arztes, eines Volkswirtschaftlers, eines Juristen oder sonst einer uninteressierten Persönlichkeit geschieht, hat nicht Wirkungskraft, als wenn diese direkt von der Presse aus in unerbittlicher Weise geschickt. Entweder eigene Artikel schreiben, oder sonstige im Alkoholkapital stehende Wissenschaftler für Abfassung von Vorarbeiten in unserem Sinne zu gewinnen suchen. Notwendig ist ferner die absolute individuelle Behandlung von führenden Tageszeitungen. Sie müssen eigens für diese Zeitungen bearbeitet sein und in ihrem Tone auch auf den Charakter der einzelnen Blätter abgestimmt werden, so daß man die gesamten Zeitungen Deutschlands, natürlich in unauffälliger Weise, mit unseren Artikeln versetzt. Diese müssen so gefärbt sein, daß nicht einmal die interessantesten Kreise merken, daß die Artikel im Interesse der Brauproduktion geschrieben sind. Daneben ist natürlich die Herausgabe von einzelnen Zeitungsartikeln mit populärwissenschaftlichen Aufsätzen notwendig; diese Zeitungs- und Fachzeitschriften müssen so abgefaßt sein, daß die Menge sie auch wertlos findet und nicht bloß die interessierten Kreise. Diese müssen den diplomatischen Schachzug anwenden, unbedeutend den Standpunkt des Verbrauchers zu vertreten."

Aber nicht nur auf die Täuschung der Presse kommt es dem Braupapital an - auch wissenschaftliche Untersuchungen zur Verteilung der Alkoholfrage sollen verfaßt werden, wie aus folgendem Satz hervorgeht: "Wir müssen eigene wissenschaftliche Untersuchungsabteilungen unterhalten; wir müssen dies tun, damit wir einen Einfluß auf die Ergebnisse ausüben können." Der S.P.D. schreibt am Schluß der Mitteilung mit vollem Recht: "Weit über das Spezialgebiet der Alkoholfrage hinaus zeigen diese Entschlüsse, wie verhängend und verblühend die Geldmächte auf die öffentliche Meinung wirken. Zeitungen werden mit verfaßtem Material, im Mantel der Wissenschaft überhäuft, andere Zeitungen werden gekauft, pseudowissenschaftliche Zeitschriften werden herausgegeben, wirtschaftlich abhängige Gelehrte werden gezwungen, zu Untersuchungsangehörigen zu kommen, die den Interessen des bedrohten Gesellschaftsweges entsprechen. Wie es in diesem Falle ist, so ist es immer bei ähnlichen Aktionen irgendeiner kapitalistischen Interessengruppe. Selten es die Braupapitalisten oder die Schnapsbrenner, die Bodenbesitzer oder ein schwerindustrieller Konzern - immer wird dem Volke durch tausend Stimmen eingeredet, es gelte, dem Gemeinwohl zu dienen. Und doch geht die Sorge nur um den Profit."

Lust, Liebe, Leid, - drei Ege- Folgen einander und wechseln schnell Wird aber kein D durch andre geföhrt Wo's Ehepaar recht zusammengesöhrt, Da findet sich auch als Ringgeschmeid Das allerhöchste: Lautekeit. Otto Julius Bierbaum.

Man kann daraus ersehen, daß dem Großkapital jedes Mittel recht ist, das arbeitende Volk in der Teilnahmslosigkeit und Dummheit zu erhalten. Vorliegendes beweist aber auch, daß es Pflicht der proletarischen Organisationen ist, einen kräftigen Strich durch die verwerflichen Spekulationen des Braupapitals zu ziehen, indem immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der Nährwert des Bieres, das sogen. "Kühliges Brotes" gleich Null ist. Es soll hier nicht dem Verzicht auf den Genuß des Bieres unter allen Umständen das Wort geredet werden, aber mit der Mahnung, daß Bier irgendeinen Nährwert besitze, muß angesichts dieses neuesten Schachzuges des Braupapitals gründlich aufgeräumt werden. Freilich, für eine kleine Gruppe besteht das Bier bei hohem Konsum hohen Nährwert, nämlich für die Velliker und Aktionäre der Brauereien. Für die große Masse des Volkes aber bedeutet eine hohe Brauerei einen hohen Verlust an Nahrungsmitteln, weil riesige Mengen Getreide durch den Brauprozess der Vernichtung anheimfallen, die, wenn zur Herstellung von Brot verwendet, dem "Gemeinwohl" einen besseren Dienst erweisen.

Bersärfster Kampf der Unternehmer gegen die baugewerbliche Sozialisierung

Vom Bauarbeiterverband wird geschrieben: Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe hat besser begriffen, um was es bei der von den Verbänden der baugewerblichen Arbeiter und Angestellten eingeleiteten Sozialisierung des Baugewerbes geht, als jene Kommunisten, die das Fortschreiten der baugewerblichen Sozialisierung durch ihr blödes Geschimpfe über den "Sozialisierungsschwindel der Gewerkschaften" zu sabotieren suchen. Das beweisen die Richtlinien über Abwehrmaßnahmen gegen die baugewerbliche Sozialisierung, die der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe schon vor längerer Zeit an seine Unterverbände erlassen hat.

In den Richtlinien werden die Unterverbände des Wirtschaftsbundes angewiesen, "alle Sozialisierungsbestrebungen im Baugewerbe mit aller Schärfe zu bekämpfen", und zwar die Produktivgenossenschaften ebenso wie die Wagnerschen Bauhütten und die kommunalen Regiebetriebe. Neben der theoretischen Behandlung in der Tages- und Fachpresse werden eine Reihe anderer Maßnahmen empfohlen. Den Unternehmern wird die ständige Beobachtung der sozialen Baubetriebe ihres Ortes zur Pflicht gemacht, damit sie den Behörden und sonstigen bauergebenden Stellen den Beweis erbringen können, daß das Unternehmertum wirtschaftlicher arbeitet als die sozialen Betriebe. Um die Ergebnisse der Beobachtung allen Unternehmern nutzbar zu machen, hat der Wirtschaftsbund Fragebogen an alle Bezirks- und Ortsverbände verschickt. Das Material, das auf diesem Wege herbeikommt, soll in geordneter zusammengestellter Form den einzelnen Bezirksverbänden zugestellt werden und vor allen Dingen dazu dienen, die Öffentlichkeit über die Wirksamkeit der Produktivgenossenschaften zu unterrichten. Gegen Gemeinden, die infolge sozialistischer Zusammensetzung ihrer Vertretung Regiebetriebe einrichten, soll Besondere gesichtet werden, wegen nutzloser Vergebung öffentlicher, von der Gesamtheit aufgebracht Mittel". Um diesem Vorgehen Nachdruck zu verleihen, wird das gesamte Handwerk zum Zusammengehen sowie zur Veranstaltung von Demonstrationen, und Protestversammlungen aufgefordert. Gegen bestehende Regiebetriebe soll in den Stadtparlamenten durch Interpellationen vorgegangen werden, gegen Mitglieder der Produktivgenossenschaften nötigenfalls durch Entlassung. Um die Front der Unternehmer zu versichern, wird empfohlen, im Kampf gegen die Sozialisierung Interessengemeinschaften einzugehen mit den Unternehmern der Baubewirtschaftung und den Baustoffhändlern, die von den Sozialisierungsbestrebungen in gleicher Weise in ihrem Bestande bedroht seien wie die eigentlichen Bauunternehmer. Ganz besonders interessant ist folgender Satz in den Richtlinien:

"Als weiteres Moment zur Bekämpfung der Produktivgenossenschaften hat der Verwaltungsausschuss beschlossen, den einzelnen Unternehmern zu empfehlen, zur Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit die Unkosten und den Unternehmerrückgewinn auf ein Minimum zu beschränken." Dieser Satz gibt Aufschluß darüber, wie es kommt, daß in letzter Zeit das private Unternehmertum in Orten, wo die sozialen Baubetriebe bestehen, vielfach so niedrige Angebote macht, daß teilweise selbst die sozialen Baubetriebe nicht mehr mitkonkurrieren können. Es sind Kampfpreise, die die Unternehmer aufgeben, darauf bedacht, die sozialen Baubetriebe niederkonkurrieren, um selbst wieder die Ausbeutungsfreiheit zu bekommen. Interessant ist ferner, daß jetzt, nachdem die sozialen Baubetriebe die Einführung neuer rationeller Arbeitsmethoden in Angriff genommen haben, auch der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe das private Unternehmertum zur Einführung rationaler Arbeitsmethoden auffordert, um seine Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. So bewähren sich auch hier die sozialen Baubetriebe als vorwärtstreibende Kraft. Das gleiche ist der Fall auf dem Gebiete des Einkaufs und der Kreditbeschaffung. Nachdem hier die sozialen Baubetriebe bahnbrechend vorgegangen sind, fordert auch der Wirtschaftsbund für das Baugewerbe seine Mitglieder zur Gründung von Einkaufs- und Lieferungs-genossenschaften sowie zur Vermeidung von Kreditgenossenschaften auf.

Für die Bauarbeiter aller Art sehr beachtenswert ist die Aufforderung des Wirtschaftsbundes an seine Mitglieder, durch die Einführung der verschiedenen Arbeitsmethoden (Gruppenafford, Arbeitsprämienplan, Zettelpremienplan usw.) in ihren Betrieben die Selbsttätigkeit der Arbeiter zu wecken und mit Hilfe der Arbeiter selbst die sozialen Baubetriebe niederkonkurrieren. Die Bauarbeiter werden peinlich darauf achten müssen, daß sich nicht selbsttätige Elemente unter ihnen zu solchem Zubehören hergeben. Alles in allem sind die Richtlinien des Wirtschaftsbundes für das Baugewerbe ein neuer klassischer Beweis dafür, wie notwendig die Gründung sozialer Baubetriebe war und wie segensreich diese Betriebe in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon gewirkt haben.

Neu erschienen ist: Vollständige Geschichte der Philosophie. Von Karl Vorländer. Internationale Bibliothek Band 62. Preis brosch. 20 M., geb. 24 M. - Der aus dem Gebiet der Philosophie nicht allzu bekannte Verfasser schreibt in seinem neuesten Werk in der Vorrede: "Schon lange war es mein Wunsch, neben meiner zweibändigen Geschichte der Philosophie, die sich hauptsächlich in den Kreisen der Studierenden eingebürgert zu haben scheint, eine kürzere Darstellung desselben Stoffes für den freudensenden Mann aus dem Volke zu schreiben, der für die großen Weltanschauungsfragen interessiert ist. Das ist allerdings keine leichte Aufgabe und ist wohl deshalb bisher noch nie versucht worden. Denn ein solches Buch soll kurz sein und doch die Hauptprobleme der Philosophie klar herausarbeiten, ihre Hauptgestalten lebensvoll schildern; allgemeinverständlich, ohne doch an der Oberfläche zu bleiben. Nun, ich hab's gewagt! Eine Aufforderung von Prof. Ferd. Joh. Schmidt in der neuen Zeit vom 12. März 1920 bestärkte mich in dem Entschluß, nach längerem geistigen Verkehr mit bildungsbewußten Männern der verschiedensten Kreise läßt mich hoffen, daß ich den Ton im allgemeinen getroffen habe." Unsere Vereiteliteratür befaßt bislang kein philosophisches Werk, das in einer allgemeinverständlichen Zusammenfassung die Philosophie des Altertums und des Mittelalters sowie der Neuzeit den wissenschaftlichen Anforderungen nachbringt. Wir können Vorländer's neues Werk unseren Lesern als ein ausgezeichnetes Bildungsmaterial aufs dringendste empfehlen.

Die Reichsämtern so geeignete Land ist ein wichtiger Faktor für den Wiederaufbau Europas. Zu einer nüchternen Beurteilung der russischen Frage gehört aber eine von allen Ideologien freie, objektive Darstellung dessen, was in Russland nach dem Kriege wirtschaftlich und kulturell an praktischer Zukunftsaussicht geleistet worden ist. Friedrich W. Wind, ein deutscher Volkswirtschaftler mit kommunisistischer Anschauung, der eine achtmonatige Forschungsreise nach Russland unternommen hat, schildert in konzentrierter Form seine russischen Beobachtungen und Erfahrungen. Dank guter Empfehlungen durch deutsche kommunistische Organisationen war er während seines russischen Aufenthalts in der Lage, Einblicke in Verhältnisse zu gewinnen, die anderen Russlandreisenden bisher verschlossen geblieben waren. Seine russischen Erfahrungen haben ihn zu einem scharfen Gegner des Sowjetismus gemacht und rückwärts zieht er den Schleier von den Mischständen, die sich in Mährenland unter der Herrschaft einer Sowjetbourgeoisie gebildet haben. Das Buch gibt weiterhin interessante Aufschlüsse über das Verhältnis der russischen Arbeiterklasse zum Staat, über den Stand der Industrie und wirtschaftlichen Produktion und über alle wichtigen wirtschaftlichen Probleme der Sowjetrepublik. Alle diese Fragen werden vom Standpunkte des gründlichen Sachkenntnis wirtschaftlicher Probleme und im Hinblick auf die Zukunftsentwicklung der sozialistischen Erde gestellt. Aus allen diesen Gründen ist Wind's Buch ein wertvoller Berater für die künftige Einstellung der deutschen Arbeiterklasse zu Russland.

Wink für Seilasser. Besondere Vorrichtungen und Verfahren nach der ältesten und erfolgreichsten Praxis, wodurch die Arbeit schneller, genauer und billiger geleistet werden kann als gewöhnlich. Mit 128 in den Text gedruckten Abbildungen von Ing. Dr. K. Grimshaw. Vierte erweiterte Auflage. Preis 10 M. - Die Transmissions. Die Strahlübertragung. Wellen, Schwingungen, Lager, Kupplungen, Nienner-Schleifen und Klementriebe, Berechnung der Niennertrieb, Zahnräder, Berechnung der Zahnleitung, Seile und Seiltriebe, Seilseile, Normprofile der Seilseile und Drahtseile. Mit 40 Abbildungen. Von Ing. Robert Gög. Preis 3,50 M. Verlag Gustav Wolf, Dresden. A. L. Peikolozist, 11.

Reichsdruck. Damit erfreue ich zu Weihnachten die, die mir lieb sind? Eine Frage, heute schwerer denn je zu beantworten. Da scheint bei den verarmungswoll hohen Preisen guter Kat teuer, und so wird gewiß vielen ein Hinweis auf ein wirklich wertvolles und doch preiswürdiges Geschenk willkommen sein: Ein Bild! Ein Bild, werden vielleicht manche zweifelnd zurückfragen, das ist doch unerfindlich. Diesen Zweifelern sei der Rat gegeben, sich den Katalog über künstlerischen Wandschmuck aus dem Verlag G. E. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, kommen zu lassen, der gegen Einbindung von 5,50 M auf Postfachkonto Nr. 31 272 bezogen werden kann. Er bringt etwa 200 farbige Wandgemälde der in ihrem Wert Originalgemälden entsprechenden Künstlerzeichnungen und gibt auch Rat für passende Rahmung. Heute sei besonders auf die neuen farbigen "kleinen Kunstblätter" (Bildgröße 18x24 cm) hingewiesen. Diese kosten 5 M das Stück und stellen in geschmackvollen weiß oder schwarz polierten, oder auch Goldrahmen einen reizenden Zimmer schmuck dar. Es sind stimmungsvolle deutsche Landschaftsbilder darunter.

Die großen Plakate (Preis 16 bis 40 M) bringen außer Landschaften eine reiche Auswahl von Städtebildern, Blumenbüden, Tierbildern, Bildern aus unserem Volksleben, unserer Geschichte, unseren Märchen, Bildern von Arbeit und Frohsinn. Und schließlich sei noch der lustigen Plakate fürs Kinderzimmer gedacht, ferner für Freunde der Schattenschnittkunst der Werke E. W. Tietzsch's sowie der Scherenschnitte von Luise Schmidt. Aber die Künstlerplakate, die gleichfalls gerahmt bezogen werden können, verdient der Verlag jedenfalls ein Vergeländis.

Werkstattbücher für Betriebsbeamte, Werk- und Facharbeiter. Herausgegeben von Eugen Simon, Berlin. Heft 2: Werkstatt. Von Betriebsingenieur Dr. Max Durst, Betriebsingenieur an der technischen Hochschule zu Berlin. Mit 134 Zeichnungen. Preis 6 M. - Heft 3: Das Werkzeug in Maschinenbauwerkstätten. Von Hans Frangenheim, Ingenieur. Mit 105 Zeichnungen. Preis 6 M. Verlag Julius Springer, Berlin W. 9.

